



Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

erstellt von: Generalsekretariat

erstellt am: 16.06.2010

Vorlage zur Mitgliederversammlung am 21. Juni 2010

Inhalt:

1	Vorwort	3
2	Tätigkeitsschwerpunkte 2009/10.....	5
2.1	Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau	5
2.2	Politische Arbeit	5
2.3	Jubiläum 2009 – Ein Rückblick	6
2.4	Mitgliedsorganisationen.....	7
2.5	Öffentlichkeitsarbeit.....	7
3	Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau (EKEV).....	8
3.1	EU-Briefings – Europäische Vorausschau auf die Programme	10
3.2	EU-De-Briefings – Die Bundesregierung unterrichtet Interessengruppen.....	11
3.2.1	EU-De-Briefings nach Europäischen Räten	12
3.2.2	EU-De-Briefings nach Fachministerräten.....	13
3.3	EU-Analyse.....	19
3.4	EU-Stammtisch Brüssel in Berlin	22
3.5	EU-Vortrag Serbischer Vize-Ministerpräsident zu Gast beim Netzwerk EBD	23
4	Aktivitäten und Projekte.....	23
4.1	College of Europe Brügge/Natolin	23
4.2	Europäischer Wettbewerb.....	24

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

4.3	Aktion Europa	25
4.4	PRINCE Korrespondent Europäische Kommission	25
5	Internationales Netzwerk der Europäischen Bewegung	27
5.1	European Citizen ´s Consulations	28
6	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	28
6.1	Stellungnahmen, Artikel und Interviews von Dr. Dieter Spöri	28
6.2	Internet	28
6.3	Publikationsformate	29
6.3.1	Netzwerk EBD Newsletter – deutsch und englisch.....	29
6.3.2	Festschrift „60 Jahre Europäische Bewegung Deutschland“	29
6.3.3	Kalender zur EU-Ratspräsidentschaft	29
6.4	Nachrichten der Mitgliedsorganisationen.....	30
6.5	Datenbank	30
7	Organisation	30
7.1	Mitgliederversammlung 2009	30
7.2	Vorstandsarbeit.....	31
7.3	Mitgliedsorganisationen.....	32
7.4	Regionale Zusammenarbeit – Landeskomitees	34
7.5	EBD-Team	35
7.6	Finanzen	35
7.7	Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland.....	36

1 Vorwort

Europa muss raus aus der Komfortzone – mit dieser Losung, oder gar Mahnung, hatte der damalige Bundesinnenminister, Dr. Wolfgang Schäuble, in seiner Festansprache zum 60-jährigen Bestehen der Europäischen Bewegung Deutschland schon den Blick auf die massive Wirtschafts- und Finanzkrise gerichtet, die sich in den zurückliegenden zwölf Monaten zu einer veritablen Euro-Krise weiter ausgewachsen hat. Die vielfach kritisierte mangelnde Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union, die endlich wieder die Oberhand über das Taktieren und Lavieren um nationale Interessen herum gewinnen muss, ist bis heute nicht hergestellt und wird neben der Euro-Krise zu einer ausgemachten politischen Krise in Europa führen, wenn sich nicht der unbedingte Wille zu echtem „Good Governance“ unter den Staats- und Regierungschefs durchsetzt.

Das Netzwerk EBD hat sich in den letzten Jahren einer Verbesserung von Governance Strukturen auf allen Ebenen der Europapolitik verschrieben und sieht in dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon die einmalige Chance, die Zivilgesellschaft in diesen dringend nötigen „Good Governance“ Prozess aktiv einzubringen. Die Handhabe ist durch den Vertrag von Lissabon gestärkt worden: In Artikel 11 wird explizit von der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den europapolitischen Entscheidungsprozess gesprochen und mit dem Instrument der Europäischen Bürgerinitiative gibt es weiteres vertraglich verbrieftes Recht – und die Pflicht – die Zivilgesellschaft stärker am demokratischen Entscheidungsprozess zu beteiligen. Das Netzwerk EBD fordert hier seine Rolle in der deutschen Europapolitik!

Die eigene Entwicklung des Netzwerks EBD gibt dieser Forderung Recht: Auch im zurückliegenden Jahr ist die Mitgliederzahl sehr stark angestiegen, so dass mittlerweile fast 200 Organisationen dieses Netzwerk der Interessengruppen bilden. Abgesehen von dieser numerischen Stärkung, hat sich die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen auch qualitativ verändert. Schon die viel beachtete Wahlaufufkampagne zur Europawahl 2009 hat gezeigt, dass die Mobilisierung der Mitglieder große Potenziale in der Öffentlichkeitsarbeit freisetzen kann. Im zurückliegenden Jahr konnte durch die umfassende Überarbeitung der Webseite des Netzwerks EBD sowie ergänzender erfolgreicher Medienkooperationen eine erhöhte Publizität von europarelevanten Nachrichten erzielt werden. Diese Publizität und Sichtbarkeit europäischer Themen stärkt auch die politische Arbeit des Netzwerks EBD.

Die Europäische Bewegung konnte auch bei den seit vielen Jahren erfolgreichen Projekten, dem Europäischen Wettbewerb und dem College of Europe, neue Entwicklungen einleiten. Der Europäische Wettbewerb, einer der ältesten Schülerwettbewerbe in Deutschland, konnte nach einer umfassenden Neuausrichtung im September 2009 mit geändertem Konzept und einer stärkeren Beteiligung der Länder in das Schuljahr starten. Für die Auswahl der deutschen Studierenden am „College of Europe“, die von der EBD seit Gründung des Colleges 1949 durchgeführt wird, konnte das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Stipendienmittel signifikant erhöhen, so dass für das kommende Studienjahr noch mehr Deutsche diese exzellente europäische Qualifikation erhalten können.

Ein wichtiges Projekt, das seit 2007 als Dienstleistung für die Europäische Kommission in Deutschland durchgeführt wird, gewinnt zunehmend an Bedeutung: Die Unterstützung bei der Kommunikation mit der Zivilgesellschaft in Deutschland. Hier können die Kernkompetenzen der EBD zum Nutzen eines wichtigen Partners eingesetzt werden und Synergien hergestellt werden, ohne die eigenen Profile der beiden Organisationen zu verwischen.

Weiterhin bleibt das Konzept „Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“ die Kernarbeit des Netzwerks EBD und seiner Partner. In den letzten Jahren wurden die Veranstaltungsformate EU-Briefing, EU-Analyse sowie EU-De-Briefing mit großem Erfolg etabliert und zu eigenen Marken ausgebaut. Dies hat entscheidend zu einer Verbesserung der Interessensvermittlung in der deutschen Europapolitik beigetragen.

Am 11. November 2009 erhielt das Netzwerk EBD für seine Arbeit den „EurActiv Award for Debating Europe Nationally“. Das Netzwerk EBD wurde als beste Organisation in Europa ausgezeichnet, der es gelungen sei, ein Modell für politische Kommunikation zu entwickeln, das komplexe europapolitische Prozesse in einem nationalen Dialog zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Gruppierungen erläutert und damit frühzeitig Informationen über die europäische Meinungsbildung der Zivilgesellschaft zur Verfügung stellt.

Das Auswärtige Amt als institutioneller Partner des Netzwerks EBD hat anlässlich der Preisverleihung die Arbeit der EBD entsprechend gewürdigt: Staatsminister Werner Hoyer hat dies in einer eigenen Pressemitteilung getan, Botschafter Edmund Duckwitz hat in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel einen Empfang organisiert, zu dem rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen und politischer Institutionen kamen.

Das Netzwerk EBD empfindet diese Auszeichnung als Beleg für seine gute Arbeit der letzten Jahre und zugleich als Aufforderung, dieses erfolgreiche Modell auch in der Zukunft kontinuierlich weiter zu entwickeln. In den kommenden Jahren gilt es nun, neben der besseren Information und Kommunikation auch ein Modell des „Good Governance“ zu etablieren, durch das das politische Zusammenspiel der EU-Akteure noch verbessert wird und insbesondere die in Artikel 11 des Vertrags von Lissabon verankerte Einbeziehung der Zivilgesellschaft im politischen Entscheidungsprozess mit Leben gefüllt wird.

Unser großer Dank gilt in diesem Jahr der institutionellen Unterstützung durch das Auswärtige Amt sowie der aktiven Mitwirkung weiterer relevanter Partner: den Bundesministerien, den Interessengruppen wie auch der Europäischen Kommission.

Unser Dank gilt natürlich auch den vielen ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsorganisationen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Generalsekretariates.

Abschließend möchte ich auch den ehrenamtlichen Mitgliedern des Vorstandes danken, die in den zurückliegenden zwei Jahren die Arbeit der EBD geprägt, begleitet und unterstützt haben.

Dr. Dieter Spöri
Minister a.D.
Präsident

Bernd Hüttemann
Generalsekretär

2 Tätigkeitsschwerpunkte 2009/10

Nachdem die Europäische Bewegung Deutschland im Sommer 2009 ihr 60-jähriges Bestehen mit einem großen Festakt begangen hatte und die Aktivitäten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 erfolgreich abgeschlossen waren, richtete sich der Blick im Herbst auf die erfolgreiche Ratifizierung des Vertrags von Lissabon sowie die Neubesetzung der Europäischen Kommission.

Die Mitgliederversammlung hatte am 16. Juni 2009 die Arbeitsschwerpunkte der EBD verabschiedet, die sich auf die Weiterentwicklung des Konzeptes „Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen, die politische Arbeit mit den institutionellen Partner und der Internationalen Europäischen Bewegung sowie die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit konzentrierten.

2.1 Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau

Das Konzept „Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“ bildet weiterhin die Basis der politischen Kommunikationsarbeit des Netzwerks EBD und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Nachdem im Jahr 2008/2009 im Bereich der EU-Vorausschau die „Netzwerk EBD – Halbjahresumfrage“ unter seinen Mitgliedsorganisationen etabliert wurde, lag der Schwerpunkt des letzten Jahres darauf, die parlamentarische Dimension – also die Rolle des Deutschen Bundestages und insbesondere des Europäischen Parlaments – in den Modulen des Konzepts zu verankern. Hierzu hat es eine Reihe von Vorbereitungen und Gesprächen gegeben, die Umsetzung findet voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2010 statt. Im Bereich der „Rückschau“ hat es eine Neuauflage der Kooperation mit dem Bundesumweltministerium gegeben. (ausführliche Details s. Punkt 3)

2.2 Politische Arbeit

Die politische Rolle und die Arbeit des Netzwerks EBD haben sich im zurückliegenden Jahr etwas verändert. Die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa, die daraus resultierende Euro-Krise sowie die weiterhin eingeschränkte Handlungsfähigkeit der EU – die durch die späte Ratifizierung des Vertrags von Lissabon und damit die späte Neubesetzung der Europäischen Kommission noch unterstützt wurde – haben die politische Arbeit dominiert.

Der Präsident der EBD, **Dr. Dieter Spöri**, hat sich in diesen Themenfeldern mehrfach positioniert und am 5. Mai 2010 mit dem Präsidenten der Griechischen Europäischen Bewegung, **Michalis Angelopoulos**, ein Deutsch-Griechisches Manifest für Europa veröffentlicht.

Ein neues Element des Vertrags von Lissabon ist für das Netzwerk EBD zudem von großer Bedeutung: die Europäische Bürgerinitiative. Der Präsident der EBD, **Dr. Dieter Spöri**, bezeichnete in einer Stellungnahme am 4. November 2009 das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative als große Chance für mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft am europapolitischen Prozess, die nun vertraglich festgeschrieben sei. Der Vorstand der EBD hatte daraufhin in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 beschlossen, eine eigene Stellungnahme zum Konsultationsprozess abzugeben. Diese wurde von einer kleinen Arbeitsgruppe erstellt und abgestimmt. Sie wurde jüngst im Europaausschuss des Bundestages vorgestellt.

Vor der Krise hat konnte das Netzwerk EBD einen viel beachteten politischen Akzent in Bezug auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 setzen. In einer Verbündetenstrategie wurde die EBD zum Sprachrohr für Ihre Mitgliedsorganisationen, die die politische Bedeutung des Europa-Parlamentes aus ihrer eigenen Fachperspektive unterstrichen. Im Gegensatz zur offiziellen Kampagne des Europäischen Parlamentes konnte die EBD Anwälte und Fürsprecher in der deutschen Zivilgesellschaft für das Straßburg-Brüsseler Parlament mobilisieren.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

An anderer Stelle konnte die politische Arbeit des Netzwerk EBD nicht in altem Umfang fortgeführt werden. Koordinierende Strukturen für die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit wie das Trilaterale Treffen, an dem die EBD dank der Initiative der Europäischen Kommission sowie des institutionellen Partners Auswärtiges Amt, als Gast teilnehmen konnte, nicht weiter geführt worden und auch nicht durch adäquate neue Strukturen ersetzt worden. Eine Entwicklung, die das Netzwerk EBD ausgesprochen kritisch betrachtet, da auch der „Runde Tisch Europakommunikation“, der mit dem Auswärtigen Amt über einige Jahre organisiert wurde, seit September 2008 nicht mehr stattfinden konnte.

Dadurch hat die Einbindung der Zivilgesellschaft in den europapolitischen Dialog in Deutschland einen Rückschlag erfahren. Die EBD hat sich stets als eine politische Organisation begriffen, die das Zusammenwirken der Akteure der Europapolitik nachhaltig verbessert. Für den Berichtszeitraum sind hier nur oberflächliche Verbesserungen zu verzeichnen. Eine strukturelle nachhaltige Verbesserung bleibt weiterhin aus.

Zwar war das Netzwerk EBD in der Lage, durch bilaterale Kontakte seine politische Rolle in diesem Bereich zu stärken, aber notwendige Strukturen, die alle EU-Akteure von Interessengruppen, Ländern sowie Städten und Gemeinden einbindet, müssen dringend neu aufgebaut werden. Die institutionellen Partner Bundesregierung und Europäische Kommission spielen dabei eine entscheidende Rolle. Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments ist stärker gefordert, der gewachsenen Bedeutung des EP als neuer „zweiten Gesetzgebungskammer“ mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Die Chancen, die die Europawahlen 2009 boten, wurden leider nicht genutzt.

Einen neuen Schwerpunkt in der politischen Arbeit setzt das Netzwerk EBD bei der Überprüfung der Vergabe öffentlicher Mittel für europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Das bezieht sich sowohl auf den Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel wie auch auf die Vergabe. Ziel ist es, mehr Mittel für die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland einzufordern und diese transparent an demokratisch-organisierte Initiativen und Vereine zu vergeben.

Auch der Vorstand des Netzwerks EBD hat sich neben seiner geschäftsführenden Tätigkeit in diesen politischen Punkten positioniert. Nach der Bundestagswahl und der Verabschiedung der Begleitgesetze zum Vertrag von Lissabon machte der Vorstand erneut deutlich, dass die gestärkte Rolle der nationalen Parlamente wie auch des EP nun in der politischen Kommunikation in Berlin sichtbar werden müsse. Bereits die Mitgliederversammlung am 16. Juni 2009 hatte einen entsprechenden Beschluss gefasst. Parallel hierzu wurde die Zusammenarbeit mit den Landesregierungen intensiviert. Siehe Kapitel Landeskomitees.

2.3 Jubiläum 2009 – Ein Rückblick

Das 60-jährige Bestehen der Europäischen Bewegung Deutschland im Jahr 2009 bot eine hervorragende Gelegenheit, die eigene Arbeit umfassend darzustellen.

"Raus aus der europäischen Komfortzone" wurde zur Losung des Festaktes "60 Jahre Europäische Bewegung Deutschland", der am 16. Juni 2009 in den Räumen der Mitgliedsorganisationen Deutsche Bank Research mit rund 350 Gästen stattfand. Ausgegeben wurde diese Losung vom Festredner des Abends, **Dr. Wolfgang Schäuble**, seinerzeit Bundesinnenminister, der in seinem Rückblick auf die letzten sechs Jahrzehnte davon sprach, dass Europa als handlungsfähige Einheit unbedingt weiterzuentwickeln sei. Europa und auch die Unionsbürger müssten aus der "Komfortzone" heraus, um neues Terrain in Europa zu erschließen. Die EBD hätte dies in den vergangenen 60 Jahren vorbildlich bewiesen und Schäuble hoffe, dass dies auch in Zukunft fortgesetzt werde.

EBD Präsident **Dr. Dieter Spöri** hob in seiner Rede hervor, auch in Zukunft müsse man für ein starkes Europa eintreten, neue Wege beschreiten, mehr Dramatik und inhaltliche Zuspitzung wagen - und bei allem die Zivilgesellschaft eng einbinden. Er lobte insbesondere die Leistung seiner Vorgängerin **Dr. Monika Wulf-Mathies** als EBD Präsidentin, die in den Jahren 2003/2004 einen

mutigen und entschlossenen Neuanfang mit der EBD gewagt hätte, dessen Konzepte noch heute die Basis der erfolgreichen Arbeit des Netzwerks EBD bilde.

Die **Festschrift** bietet auf 48 Seiten einen umfassenden Rückblick auf die Geschichte der EBD, die mit Beiträgen sowie persönlichen Eindrücken und Erinnerungen von Ehrenpräsident/innen der EBD ergänzt wird. Zugleich wird die aktuelle Arbeit der EBD der letzten fünf Jahre seit der Neuausrichtung im Jahr 2003/2004 dargestellt. Eine besondere Note erhielt die Festschrift durch eine Vielzahl kurzer Glückwünsche der Mitgliedsorganisationen. Die Festschrift wurde in einer Auflage von 5.000 Exemplaren gedruckt, so dass das Netzwerk EBD auch in den kommenden Jahren noch mit dieser hochwertigen Publikation nach außen treten kann.

2.4 Mitgliedsorganisationen

Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen wurde im zurückliegenden Jahr deutlich intensiviert. Diese konzentriert sich zum einen auf die ausgeweitete Veröffentlichung von aktuellen Nachrichten auf der Webseite des Netzwerks EBD, die durch das neu eingeführte „News-System“ vereinfacht wurde. Zudem werden diesen Nachrichten bei unserem Medienpartner EurActiv.de vervielfacht (s. Punkt 6.4)

Zum anderen spiegelt sich die engere Zusammenarbeit in Veranstaltungskooperationen wider, bei der Abstimmung diverser politischer Positionen sowie in regelmäßigen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsorganisationen. Auf diese Weise kann die EBD noch mehr auf die Bedürfnisse der Mitglieder eingehen und gegenüber den politischen Institutionen Stimmungen der Interessengruppen vermitteln.

2.5 Öffentlichkeitsarbeit

Einen bedeutenden Schritt zu mehr Öffentlichkeit hat die EBD durch den Aus- und Umbau seiner Internetpräsenz gemacht. Dies wurde u.a. durch den Einsatz neuer technischer Instrumente wie auch durch umfassende konzeptionelle und redaktionelle Überarbeitungen erreicht. Ob News-System, RSS-Feeds oder facebook/twitter – das Netzwerk EBD verfügt nun über alle nötigen Instrumente, um schnell und gezielt seine Informationen zu verbreiten. Mit Erfolg: Die „unique visitors“ pro Monat stiegen von Mai 2009 bis Mai 2010 von ca. 4.000 auf 6.000. (s. Punkt 6.2)

Ein weiterer wichtiger Schritt wurde durch die intensive Kooperation mit dem Medienportal EurActiv.de gemacht. Dieses europäische Informationsportal für Deutschland, zu dessen „Mutter“ EurActiv.com schon seit Jahren eine gute Partnerschaft aufgebaut wurde, ist im Sommer 2009 in Deutschland online gegangen. Durch diese Kooperation erscheinen nicht nur die Nachrichten der EBD auf der Webseite www.euractiv.de sondern auch die der aktuell 171 Mitgliedsorganisationen. Ein echter Vorteil für das Netzwerk und seine Mitglieder. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Interviews und Stellungnahmen des Präsidenten der EBD, Dr. Dieter Spöri, prominent aufgenommen und veröffentlicht.

3 Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau (EKEV)

In den letzten Jahren wurden die Veranstaltungsformate **EU-Briefing**, **EU-Analyse** sowie **EU-De-Briefing** mit großem Erfolg etabliert. Dies hat entscheidend zu einer Verbesserung der Interessensvermittlung in der deutschen Europapolitik beigetragen. Die **EBD-Halbjahresumfrage** wurde als weiteres Instrument der europapolitischen Vorausschau in den letzten Jahren jeweils zu Beginn einer Ratspräsidentschaft durchgeführt. Damit konnte die Früherkennung von europapolitischen Themenkomplexen weiter verbessert und die Interessensvermittlung erleichtert werden.

Am 11. November 2009 erhielt das Netzwerk EBD für seine Arbeit den „EurActiv Award for Debating Europe Nationally“. Das Netzwerk EBD wurde als beste Organisation in Europa ausgezeichnet, der es gelungen sei, ein Modell für politische Kommunikation zu entwickeln, das komplexe europapolitische Prozesse in einem nationalen Dialog zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Gruppierungen erläutert und damit frühzeitig Informationen über die europäische Meinungsbildung der Zivilgesellschaft zur Verfügung stellt.

Das Auswärtige Amt als institutioneller Partner des Netzwerks EBD hat anlässlich der Preisverleihung die Arbeit der EBD entsprechend gewürdigt: Staatsminister **Werner Hoyer** hat dies in einer eigenen Pressemitteilung getan, Botschafter **Edmund Duckwitz** hat in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel einen Empfang organisiert, zu dem rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen und politischer Institutionen kamen.

Dieses erfolgreiche Modell soll auch in der Zukunft kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die Mitgliederversammlung der EBD hatte im Juni 2009 folgenden Beschluss gefasst: „*Die parlamentarische Dimension der europäischen Integration soll künftig stärker im Konzept berücksichtigt werden. Die starke Rolle des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozess sollte sich auch in Berlin widerspiegeln. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments ist hierfür unabdingbar.*“ Hierzu wurde bereits auf der Vorstandssitzung am 26. März 2010 ein Gespräch mit dem Leiter des Informationsbüros des EP, **Frank Piplat**, geführt und Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert.

Übersicht: EKEV-Veranstaltungen (16.06. 2009 – 21.06.2010)

Datum	Art der Veranstaltung	Thema	Teilnehmerzahl
09.09.2009	EU-Briefing	Ratspräsidentschaft Schweden	220
29.01.2010	EU-Briefing	Ratspräsidentschaft Spanien – Trio-Präsidentschaft Spanien, Belgien und Ungarn	230
16.04.2010	EU-Briefing	Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2010	180

22.06.2009	EU-De-Briefing	Europäischer Rat	170
02.11.2009	EU-De-Briefing	Europäischer Rat	160
14.12.2009	EU-De-Briefing	Europäischer Rat	90
29.03.2010	EU-De-Briefing	Europäischer Rat	190

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

30.11.2009	EU-De-Briefing	Bildung, Jugend und Kultur	40
12.05.2010	EU-De-Briefing	Bildung, Jugend und Kultur	50

21.10.2009	EU-De-Briefing	ECOFIN	80
-------------------	----------------	--------	----

02.12.2009	EU-De-Briefing	Justiz und Inneres	70
01.03.2010	EU-De-Briefing	Justiz und Inneres	40
07.06.2010	EU-De-Briefing	Justiz und Inneres	30

24.06.2009	EU-De-Briefing	Landwirtschaft und Fischerei	40
10.09.2009	EU-De-Briefing	Landwirtschaft und Fischerei	40
24.11.2009	EU-De-Briefing	Landwirtschaft und Fischerei	40
18.12.2009	EU-De-Briefing	Landwirtschaft und Fischerei	35
31.03.2010	EU-De-Briefing	Landwirtschaft und Fischerei	45
19.05.2010	EU-De-Briefing	Landwirtschaft und Fischerei	40

18.12.2009	EU-De-Briefing	Verkehr	50
-------------------	----------------	---------	----

14.01.2010	EU-De-Briefing	Umwelt	130
-------------------	----------------	--------	-----

29.09.2009	EU-Analyse	Grünbuch „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“	65
07.09.2009	EU-Analyse	Grünbuch „Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik“	40
12.10.2009	EU-Analyse	Lobbying in (und für) Europa – wie können Interessen in Berlin, Brüssel & Co. ab 2010 erfolgreich und legitim vertreten werden?	85
26.11.2009	EU-Analyse	Grünbuch „Europäische Bürgerinitiative“	30
29.01.2010	EU-Analyse	„EU-Karriere – Neue Auswahlverfahren 2010“	180
01.03.2010	EU-Analyse	„EU-Karriere – Neue Auswahlverfahren 2010“ - Bonn	70
07.06.2010	EU-Analyse	Grünbuch „Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien“	70

24.09.2009	EU-Stammtisch		55
17.12.2009	EU-Stammtisch		20
04.03.2010	EU-Stammtisch	Gast: Rainer Wieland MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vizepräsident der Europäi-	55

		schen Bewegung International	
Weitere Veranstaltungen			
30.11.2009	ECC Regional Debate	„Employment conditions in Europe – Challenges and Perspectives“	90
04.05.2010	EU-Vortrag	„Serbien, 10 Jahre nach der demokratischen Wende: Herausforderungen und Europäische Perspektiven“	65
Insgesamt			2795

3.1 EU-Briefings – Europäische Vorausschau auf die Programme

Die EU-Briefings haben im zurückliegenden Jahr deutlich an Gewicht gewonnen. Nicht nur, dass das Netzwerk EBD dort ihre Halbjahresumfrage unter seinen Mitgliedsorganisationen präsentiert und damit ein wichtiges Stimmungsbarometer in die Debatte um die Schwerpunkte der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften wirft. Auch die enge Zusammenarbeit mit den Botschaften der Ratspräsidentschaften fußt auf den EU-Briefings, wobei insbesondere mit der Schwedischen Botschaft eine Reihe weiterer Kooperationen zustande kamen.

Das Format dient darüber hinaus weiteren Feldern der EU-Vorausschau. So wurde in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland eine große Veranstaltung zur Vorstellung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2010 durchgeführt. Auch in Zukunft soll diese Ausrichtung auf die EU-Vorausschau gestärkt werden.

09.09.2009 EU-Briefing Schwedische Ratspräsidentschaft

Die Schwedische EU-Ratspräsidentschaft hatte ein ambitioniertes Programm für das zweite Halbjahr 2009: Die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Klimaschutz waren die Top-Prioritäten der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Dies sowie die weiteren Arbeitsschwerpunkte für die folgenden Monate wie z.B. das Stockholmer Programm im Bereich Inneres und Justiz und die Ostseestrategie für eine engere Zusammenarbeit der Ostseeanrainer stellte die Schwedische Botschafterin, **Ruth Jacoby**, beim EU-Briefing den über 150 Gästen in der **Nordischen Botschaft** vor.

Das Netzwerk EBD präsentierte anschließend die Ergebnisse seiner Halbjahresumfrage, die insbesondere von der Europäischen Kommission als sehr hilfreich aufgenommen wurden. Auch für die Kommission waren die genannten vier Prioritäten von hoher Bedeutung, und es wurden bereits konkrete nächste Schritte skizziert.

Anschließend kommentierte die Bundesregierung die Ausführungen und hob die Bedeutung der nötigen Reformen bei der Neuordnung des Finanzmarktes hervor und erläuterte weiterhin die aktuelle Situation in Deutschland bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon.

Die folgende Diskussion mit den Interessengruppen konzentrierte sich somit auch auf die anstehenden Lösungen im Bereich Wirtschaft und Finanzen sowie des Lissabon-Vertrages.

29.01.2010 EU-Briefing Spanische Ratspräsidentschaft sowie zur Trio-EU-Ratspräsidentschaft von Spanien, Belgien und Ungarn

Ratspräsidentschaft mit fünf E's - España, Exit-Strategie aus den Investitions- und Stützungsprogrammen gegen die Wirtschaftskrise, EU 2020-Strategie (Post-Lissabon-Strategie), Energie, Ecology - in diesen fünf E's könnte man die Schwerpunkte der spanischen Ratspräsidentschaft kurz zusammenfassen.

Spanien werde, so Botschafter **Dezcallar de Mazarredo** beim EU-Briefing des Netzwerks EBD am 29. Januar 2010, die Umsetzung des Vertrags von Lissabon konstruktiv begleiten. Es ginge vor

allem darum, die beiden neu geschaffenen Positionen des Präsidenten des Europäischen Rates sowie der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken, jedoch müsse der Ratspräsident im neu gestalteten Gefüge weiterhin eine angemessene Rolle spielen. Auch wolle Spanien, so der Botschafter, die Einsetzung des Europäischen Auswärtigen Dienstes vorantreiben.

Mit der spanischen Ratspräsidentschaft ist auch der Startschuss zu einer neuen Trioratspräsidentschaft gefallen, die ein gemeinsames Programm für die kommenden anderthalb Jahre verbindet. Die **Botschafter Belgiens und Ungarns, Mark Geleyn** und **Sándor Peisch**, skizzierten beim EU-Briefing die Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaften ihrer Länder.

Die Bundesregierung, die im zweiten Teil des gut besuchten EU-Briefings auf die kommenden Aufgaben voraussichtete, sah ebenfalls in der Implementierung der neuen institutionellen Struktur eine wichtige Aufgabe für die kommenden Monate. Dabei werde die Umsetzung der im Vertrag festgeschriebenen Europäischen Bürgerinitiative besondere Aufmerksamkeit verlangen. Die Kommission hatte hierzu in einem Konsultationsverfahren bis Ende Januar interessierte Bürger und Interessengruppen um Stellungnahmen gebeten. In der Festlegung der konkreten Bedingungen müsse eine gute Balance zwischen Bürgerfreundlichkeit und Wahrung der Wirksamkeit des Instruments gefunden werden, mahnte die Bundesregierung. Zum Abschluss skizzierte die Europäische Kommission einzelne Vorhaben für die kommenden Monate, jedoch unter dem Vorbehalt, dass die neue Kommission voraussichtlich Mitte Februar ihre Arbeit aufnehmen werde und demnach noch kein offizielles Arbeitsprogramm vorliege.

16.04.2010 EU-Briefing zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2010

Es verwunderte nicht, dass das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2010 etwas umfangreicher geworden war. War die alte Kommission durch das Auslaufen ihrer Amtszeit im Jahr 2009 weniger handlungsfähig, konnte die neue Kommission seit ihrer Ernennung im März 2010 aus dem Vollen schöpfen:

Sie selbst war neu, das Europäische Parlament war (relativ) neu, der Vertrag von Lissabon war erst seit wenigen Monaten in Kraft. Diese Chancen galt es, in strategische Programme und Ziele umzusetzen. Über 150 Vertreterinnen und Vertreter der Interessengruppen kamen, um das Arbeitsprogramm vom Leiter der Kommissionsvertretung, **Matthias Petschke**, vorgestellt zu bekommen.

Wenngleich ein wenig verspätet veröffentlicht, ist das Arbeitsprogramm 2010 der Europäischen Kommission sehr umfangreich und ambitioniert. Zugleich werden die detaillierten Angaben über geplante legislative und nicht-legislative Maßnahmen ergänzt durch die wichtigsten Vorhaben der nächsten Jahre. Insgesamt 34 strategische Initiativen wurden im Arbeitsprogramm genannt - wesentlich mehr als 2009 und auch als 2008. Darüber hinaus wurden ernsthafte Schritte der Entschlackung gegangen: 46 Vereinfachungen wurden vorgeschlagen und sogar 59 Gesetzgebungsvorschläge zurückgezogen.

In der anschließenden Diskussion wurde nach Themen wie demografischer Wandel, Soziales Europa, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit gefragt.

3.2 EU-De-Briefings – Die Bundesregierung unterrichtet Interessengruppen

Das EU-De-Briefing ist das Veranstaltungsformat, mit dem die EBD in den letzten Jahren eine starke eigene Marke entwickelt und im politischen Berlin etabliert hat. Ob Europäische Räte oder Fachministertreffen: Die Teilnehmerzahlen steigen stetig an, und vor allem die inhaltliche Relevanz der EU-De-Briefings für die Interessengruppen wird von diesen deutlich zum Ausdruck gebracht. Das zeigt sich in der Konstanz der Teilnehmer/-innen sowie der aktiven Beteiligung. Ähnliche Bedeutung haben die EU-De-Briefings offensichtlich für die Vertreter/-innen der Bundesministerien. Für sie sind die EU-De-Briefings zu festen Terminen im Kalender geworden und zu hilfreichen

Seismographen für die europapolitische Stimmungslage der Interessengruppen in den jeweiligen Politikfeldern.

3.2.1 EU-De-Briefings nach Europäischen Räten

22.06.2009

Beim EU-De-Briefing zum Rat der Europäischen Staats- und Regierungschefs am 22.06.2009 in den Räumen unserer Mitgliedsorganisation **Deutscher Gewerkschaftsbund** berichteten **Claudia Dörr**, Leiterin der Europaabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, und **Peter Tempel**, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, über die Beschlüsse des Rats: Garantien für ein (hoffentlich erfolgreiches) zweites Referendum in Irland zum Lissabon-Vertrag, eine europaweite Finanzaufsicht sowie die intensive Diskussion um den Kommissionspräsidenten.

Barbara Steffner, Leiterin der Politischen Abteilung der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik, kommentierte den Europäischen Rat aus der Sicht der Europäischen Kommission.

02.11.2009

Über Personal wurde angeblich nicht gesprochen auf dem Europäischen Rat am 29. und 30. Oktober in Brüssel - auch wenn die Medien in ein fröhliches "name-dropping" eingestimmt hätten. Stattdessen standen die Themen "Vertrag von Lissabon" sowie "die finanziellen Aspekte des Klimaschutzes" im Zentrum des EU-De-Briefings, das das Netzwerk EBD am 2. November 2009 in den Räumlichkeiten unserer Mitgliedsorganisation **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA** in Berlin durchgeführt hat.

Entlang der Schlussfolgerungen des Rates konnte die Bundesregierung den rund 80 Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppen detailliert die Verhandlungen des Europäischen Rates zum Topos "Tschechien" nachzeichnen und die Auswirkungen auf die Ratifizierung darstellen. Unter dem Strich sollte der tschechischen Unterschrift nun nichts mehr im Wege stehen - vorausgesetzt, das Tschechische Verfassungsgericht gibt am 3.11. grünes Licht – und der Vertrag von Lissabon könnte ab 1. Dezember 2009 oder 1. Januar 2010 in Kraft treten.

Der zweite große Themenblock war die Vorbereitung des Weltklimagipfels in Kopenhagen und hier die Frage, wie die Aufwendungen für den Klimaschutz finanziert werden sollen. Auch wenn noch nicht „alle Karten auf den Tisch gelegt werden könnten“, hätte die EU mit konkreten Beschlüssen bereits im Vorfeld eine verantwortungsvolle Rolle als Vorreiterin im internationalen Klimaschutz übernommen.

Neben diesen Schwerpunkten des Rates standen die Themen Wirtschaft und Finanzen, die Ostsee-strategie sowie die aktuelle Lage der Asyl- und Einwanderungspolitik im Zentrum. Größeren Raum nahmen dabei Fragen zu Verbesserung der Finanzaufsicht sowie die Umsetzung der am 21. Oktober 2009 vom ECOFIN-Rat beschlossenen Exit-Strategie ein. Die Erstkommentierung der Gipfel-Ergebnisse wurde von der Europäischen Kommission vorgenommen.

14. 12. 2009 Erster Europäischer Rat als Organ

Es war ein kurzer Europäischer Rat am 10. und 11. Dezember 2009 in Brüssel, und im Mittelpunkt stand die Klimapolitik. Beim EU-De-Briefing am 14. Dezember 2009 bei unserer Mitgliedsorganisation **dbb – beamtenbund und tarifunion** ging es aber noch um weitere Themen.

Im Bereich Klimapolitik einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs mit Blick auf den Klimagipfel in Kopenhagen auf die gemeinsamen Positionen, die Verhandlungstaktik sowie auf eine Anschubfinanzierung in Höhe von 7,2 Milliarden € (im Zeitraum 2010 bis 2012) zur Umstellung der Klimapolitik der Entwicklungsländer. Zusätzlich wollen alle 27 persönlich nach Kopenhagen reisen.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Die Bundesregierung sah dies als gute Chance, dass in Kopenhagen tatsächlich konkrete Ergebnisse und Abschlüsse erzielt werden könnten.

Neben der Klimapolitik standen zwei weitere Themen im Zentrum des Rates und auch des EU-De-Briefings: Fragen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Nachfolge der Lissabon-Strategie, die "EU 2020-Strategie". Bei beiden Themen fiel auf, dass in den Schlussfolgerungen häufiger das Wort "koordiniert" fiel, so dass die Unterstützungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten und der EU "koordiniert" zurückzunehmen seien, dass bei "EU 2020" die Politiken stärker "koordiniert" werden sollen. Bei der Diskussion um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wurde die Notwendigkeit zur internationalen Abstimmung auf der Ebene der G 20 oder des IWFs betont. Der Europäische Rat einigte sich zudem darauf, dass die Mitgliedsstaaten alle Optionen zur soliden Vergütungspraxis im Finanzsektor prüfen sollten - was unter dem Schlagwort "Banker-Boni" in die Medien eingegangen war.

Auch die Vertreterin der Europäischen Kommission ging in der Erstkommentierung auf diese drei Themenkomplexe ein und wies darauf hin, dass noch bis zum 15. Januar 2010 eine öffentliche Konsultation zur „EU 2020-Strategie“ laufe. Die neue Strategie werde aber erst verabschiedet, wenn die neue Kommission im Amt sei. Zudem plane der neue Präsident des Europäischen Rates, **Herman van Rompuy**, einen informellen Sondergipfel zum Nachfolgeprogramm der Lissabon-Strategie voraussichtlich noch im Februar 2010. Das erste Treffen der Staats- und Regierungschefs nach der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon leitete er hingegen noch nicht. Somit wird der Frühjahrsgipfel im März der erste Auftritt auf diesem Parkett sein.

29.03.2010

Beim EU-De-Briefing zum Europäischen Rat, das am 29. März 2010 bei unserer Mitgliedsorganisation **Handelsverband Deutschland HDE – Der Einzelhandel** stattfand, wurden zwar auch die Perspektiven für die neue EU-2020-Strategie erläutert, aber im öffentlichen Fokus stand der inoffizielle Tagesordnungspunkt des Gipfels, die finanzielle Situation Griechenlands.

Bereits auf ihrem Sondergipfel am 11. Februar 2010 hatten die EU-Staats- und Regierungschefs Griechenland Hilfen für den Fall einer Zahlungsunfähigkeit signalisiert. Bei der Tagung des Rates am 25. und 26. März 2010 ging es also darum, den genauen Mechanismus für den Notfall festzulegen. Man hat sich auf ein Paket geeinigt, das mehrheitlich aus koordinierten bilateralen Krediten der Mitgliedstaaten, aber auch aus IWF-Geldern bestehen wird.

Die Inhalte der Kommissionsvorschläge zur neuen Europa-2020-Strategie wurden nur in Teilen vom Europäischen Rat übernommen. Besonders die Themen Bildung und Armutsbekämpfung werden daher auf der Tagesordnung des nächsten Rates im Juni stehen, und auch die ursprüngliche ökologische Ausrichtung der Europa-2020-Strategie findet sich nur so in den Schlussfolgerungen wieder, wie sie bereits im EU-Klima- und Energiepaket formuliert wurde. Ein besonderes Augenmerk wurde hingegen auf die engere Abstimmung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in der EU gelegt. Dies bezieht sich auch auf die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, wobei der Stabilitäts- und Wachstumspakt unangetastet bleibt und die konkrete Zuständigkeit des Rates Wirtschaft und Finanzen für die Beaufsichtigung der Durchführung dieses Paktes festgelegt wurde.

Weitere Themen der anschließenden Diskussion mit den rund 130 Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppen waren die Klimapolitik mit Blick auf die Weiterführung der Verhandlungen bis zum Cancun-Gipfel im Dezember 2010 sowie die Regulierung des Finanzsektors im Rahmen des nächsten G-20-Treffens in Toronto im Juni.

3.2.2 EU-De-Briefings nach Fachministerräten

24.06.2009 EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Das EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei am 22. und 23. Juni 2009 in Luxemburg war der letzte Agrarministerrat unter tschechischer EU-Präsidentschaft.

Die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, die Qualität von Agrarerzeugnissen wie auch die bessere Ausrichtung der Beihilfen für Landwirte in Gebieten mit naturbedingten Nachteilen waren nur drei von zahlreichen Themen, die von **Dr. Dietrich Guth** und **Rolf Burbach** vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BM ELV) auf einem EU-De-Briefing in den Räumen des Netzwerks EBD angesprochen wurden.

Unter anderem wurde die Entscheidung zum Thema "Klonfleisch" näher erläutert, ein sensibles Thema, über das auch die Medien berichtet hatten - nicht in allen Details korrekt. Darüber hinaus waren ein verbessertes Kontrollsystem im Bereich Fischerei wie auch ein Ausblick auf die kommende schwedische Präsidentschaft (besonders eine intensivere Diskussion zur globalen Lebensmittelversorgung, das Verhältnis von Landwirtschaft und Klima und eine Vereinfachung der Rechtssetzung im Agrar- und Fischereibereich) Themen des EU-De-Briefings.

10.09.2009 EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei

Der vorgezogene Rat der EU-Landwirtschaftsminister am 7.9.2009 in Brüssel wird nicht in die Geschichte der großen deutschen Verhandlungserfolge eingehen können. Damit steht die Bundesregierung jedoch nicht allein, denn es war eine Koalition von insgesamt sechzehn Mitgliedsstaaten, die die Europäische Kommission angesichts der sehr angespannten Lage am Milchmarkt von einer Änderung des beschlossenen Endes der Milchquote überzeugen wollten - und damit scheiterten. Auch die Erhöhung der EU-Exportsubventionen fand keine Mehrheit. So blieb es bei den Beschlüssen vom 20. Mai 2008, die im Rahmen des "Health Checks" des Agrarhaushaltes getroffen wurden und die u.a. ein schrittweises Auslaufen der Milchquote bis 2015 vorsehen. Über diese und andere Ergebnisse berichteten **Dr. Dietrich Guth** und **Rolf Burbach** vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BM ELV) auf dem EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei am 10.09.2009 in den Räumen unserer Mitgliedsorganisation **WWF Deutschland**.

Neben dieser Rückschau auf die Kontroversen zum EU-Milchmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Lebensmittelindustrie, die Vereinfachung der GAP und die Situation am Futtermittelmarkt gaben die Vertreter der Bundesregierung auch einen Ausblick auf das Informellen Treffen der EU-Landwirtschaftsminister von 13. bis 15. September 2009 in Växjö, bei dem es um das Thema "Landwirtschaft und Klimawandel" gehen wird.

In der sich anschließenden Diskussion mit den über vierzig Interessenvertretern stand genau diese Frage im Mittelpunkt, denn der Informelle Rat wird zugleich einer von vielen Schritten und Treffen sein, die den UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 vorbereiten.

12.10.2009 EU-De-Briefing zum Rat Wirtschaft und Finanzen

Der ECOFIN-Rat am 20. Oktober hat sich auf umfangreiche Schlussfolgerungen für eine so genannte Exit-Strategie geeinigt. Dadurch soll erreicht werden, dass die EU-Staaten in einem koordinierten Vorgehen die Belastungen schrittweise abbauen, die durch die Investitions- und Stützungsprogramme für den Wirtschaft- und Finanzsektor auf den nationalen Haushalten liegen. Angesichts der aktuellen Defizitsituationen in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten ein wichtiger Schritt, wenn der Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehalten werden soll.

Beim EU-De-Briefing am 21. Oktober 2009, das in den Räumen unserer Mitgliedsorganisation **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft - GDV** stattfand und von **Wilfried Steinheuer**, Abteilungsleiter Europa im Bundesministerium der Finanzen vorgenommen wurde, standen noch weitere Fragen zur Diskussion, u.a. die Einrichtung eines so genannten "Systemic

Risk Board", das in Zukunft frühzeitig Risiken auf dem Finanzmarkt identifizieren und Empfehlungen für deren Lösungen vorschlagen soll.

Großen Raum nahm während der Diskussion die Frage der finanziellen Aspekte der Bekämpfung des Klimawandels ein. Hier hatte der ECOFIN-Rat keine gemeinsamen Schlussfolgerungen verabschiedet. Da dieser Punkt jedoch große Implikationen für die Verhandlungen auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen hat, werden sich der Europäische Rat am 29. und 30. Oktober wie auch die G-20-Finanzminister bei ihrem Treffen am 6. und 7. November damit befassen.

24.11.2009 EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei

Möglicherweise werden sich einige Akteure mit Wehmut an die Zeit erinnern, als die EU-Landwirtschaftsminister im Rat noch alleine entscheiden konnten. Ab dem 1. Dezember ist Schluss damit - Lissabon wirkt schon! Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird im Bereich Landwirtschaft und Fischerei - mit ein paar wenigen Ausnahmen - auch das Europäische Parlament mitentscheiden. Beim EU-De-Briefing am 24. November 2009 konnte man bereits einen Vorgesmack darauf bekommen.

Schwerpunkt der Ratstagung vom 20.11.2009 waren Fragen im Bereich Fischerei und hier insbesondere technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischereiresourcen. Weiter ging es um Zulassungsfragen für eine genmanipulierte Maissorte, ein Antrag auf staatliche Beihilfen für den Landkauf in Polen sowie die Änderung der Gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte.

30.11.2009 EU-De-Briefing zum Rat Bildung, Jugend und Kultur

Die Zahl derjenigen, die ihren Freiwilligen- oder Ersatzdienst nicht in ihrem Heimatland, sondern in einem der EU-Mitgliedsstaaten oder sogar außerhalb Europas ableisten wollen, ist nach wie vor sehr groß. Deshalb sollen zukünftig die Bedingungen von Freiwilligentätigkeiten verbessert und die öffentliche Wahrnehmung erhöht werden. Das haben die zuständigen Minister im Rat Jugend, Bildung und Kultur in der vergangenen Woche vereinbart.

Zugleich wurde beschlossen, das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zu machen. Damit will man zeigen, dass freiwillige Tätigkeit ein wichtiger Teil bürgerschaftlichen und demokratischen Engagements ist und dazu beitragen kann, europäische Werte wie Solidarität und Nichtdiskriminierung zu aktivieren. Freiwilliges Engagement ist auch ein wichtiger Bestandteil der überarbeiteten Jugendstrategie für den Zeitraum 2010-2018, die der Rat in seiner Sitzung am 26. und 27. November 2009 angenommen hat.

Das EU-De-Briefing dieser Ratsformation am 30. November 2009 bei unserer Mitgliedsorganisation **Deutscher Bundesjugendring – DBJR** hat mit über 50 Vertretern aus unterschiedlichen Interessengruppen erfreulicherweise großes Interesse gefunden. Neben den Entscheidungen über Freiwilligentätigkeit und die erneuerte Jugendstrategie berichtete die Bundesregierung auch über Diskussionen zum Google-Book-Settlement und über einen Vorschlag zur Digitalisierung des Kinos. Desweiteren wurde u.a. über Schlussfolgerungen zur Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund und über Kernaussagen zur Bildung für die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 informiert.

02.12.2009 EU-De-Briefing zum Rat Justiz und Inneres

Es war ein überaus spannender Rat Justiz und Inneres am 30. November und 1. Dezember 2009 in Brüssel – nämlich genau am Übergang vom alten EU-Vertrag zum Lissaboner Vertrag. **Thomas Blöink**, Leiter der Stabsstelle EU-Koordination im Bundesministerium der Justiz, und **Matthias Oel**, Direktor für EU-Fragen im Bundesministerium des Innern, berichteten über die Ergebnisse der Ratstagung: Abkommen zwischen der EU und den USA über die Freigabe von Bankdaten beim belgischen Dienstleister SWIFT, das ausdrücklich die neue Rolle des Europäischen Parlaments berücksichtigen wird, das Stockholmer Programm zur Zukunft der Innen- und Justizpolitik, das im neuen

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

EU-Organ Europäischer Rat am 10. und 11. Dezember 2009 verabschiedet werden soll, und als Aufgaben einen Kodex zur Migrationspolitik, die gegenseitige Anerkennung im Asylbereich und ein „Erasmus-Programm“ für Polizisten sowie das Austarieren der Außenbeziehungen der EU im Zusammenspiel von Außen-, Sicherheits-, Handels-, Innen- und Justizpolitik benennt.

Als besonders wichtiges Ergebnis wurde die Abschaffung der Visa-Pflicht für wichtige Westbalkan-Länder herausgestellt. Kritisch wurde die schleppende technische Umsetzung von Datenbanksystemen (eJustice und Schengen-Informationssystem) gesehen, positiv dagegen der EU-Aktionsplan Antimenschenhandel und die Errichtung einer Asylagentur auf Malta.

Dass über 70 Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen an diesem EU-De-Briefing teilnahmen, unterstrich nochmals die neue Bedeutung dieser Ratsformation.

18.12.2009 EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei

Die EU-Agrar- und Fischereiminister einigten sich auf ihrer Ratstagung vom 14. bis 16. Dezember 2009 auf neue Fangquoten für verschiedene bedrohte Fischarten für das kommende Jahr 2010. Die Makrelen in der Nordsee werden davon profitieren, dass es in den Verhandlungen mit Norwegen vorerst keine Einigung gab.

Der Bericht der Bundesregierung auf dem EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei konzentrierte sich jedoch auf den Themenkomplex Zukunft sowie weitere Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), eine politische Einigung über Maßnahmen zur Verringerung von illegalem Holzeinschlag, die schwierige Situation auf dem Milchmarkt sowie Haushaltsfragen.

18.12.2009 EU-De-Briefing zum Rat Verkehr

Nachdem es bereits Regelungen zu den Fahrgastrechten in Flugzeugen und Zügen gibt, stand auf der Tagesordnung des Verkehrsrates vom 17. Dezember 2009 u.a. eine Einigung zu einer Verordnung zu den Fahrgastrechten in Bussen an.

Auf dem letzten EU-De-Briefing des Jahres 2009 wurde klar, dass gerade im Busverkehr die Subsidiarität eine große Rolle spielt. Erst nach vielen Stunden konnte der Rat hier eine Einigung erzielen, bei der insbesondere für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umfangreiche Ausnahmen geschaffen wurden. Eine weitere Enttäuschung brachte die Debatte der EU-Verkehrsminister zur zukünftigen Verkehrspolitik. Der Rat konnte keine Schlussfolgerungen verabschieden, da auch nach ebenfalls langer Diskussion ein Mitgliedstaat nicht zustimmen wollte. Auf diese Weise wurden die weiteren Themen, wie Galileo oder Intelligente Verkehrssysteme, entweder vertagt oder schnell beschlossen.

Abschließend diskutierten die über 40 Vertreterinnen und Vertreter der Interessengruppen über die verkehrspolitischen Prioritäten der spanischen EU-Ratspräsidentschaft.

14.01.2010 EU-De-Briefing UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen war kein Erfolg - darin waren sich nahezu alle Beteiligten und Kommentatoren einig. Doch welche Lehren daraus zu ziehen sind, welche Elemente der Kopenhagen-Vereinbarung ausreichend Substanz haben und vor allem, wie der politische Verhandlungsprozess im Rahmen der Weltgemeinschaft weitergeführt werden soll - das sind die Fragen, die auch auf dem EU-De-Briefing am 14. Januar 2010 im Zentrum standen.

Vor über 130 Teilnehmern lieferte **Dr. Karsten Sach**, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, eine Bewertung der Ergebnisse aus Sicht der Bundesregierung sowie eine Einschätzung über die nächsten Schritte im Jahr 2010. Bis zur "COP-16" in Mexiko im November 2010 werde man sich in einer gewissen Doppelphase bewegen, in der Ver-

handlungen und teilweise Umsetzungen parallel laufen würden. Die offene Frage sei, wie viel der Kopenhagen-Vereinbarung in Mexiko übernommen werden könne.

In der anschließenden Diskussion nahmen in besonderem Maße die Umweltverbände Stellung. Unsere Mitgliedsorganisation **WWF Deutschland**, in deren Räumen das EU-De-Briefing stattfand, zeigte sich über die Ergebnisse von Kopenhagen zwar enttäuscht, unterstütze jedoch die Kopenhagen-Vereinbarung, weil der Weg richtig und wichtig sei, der weiter gemeinsam gegangen werden müsse.

Das Netzwerk EBD freut sich, dass die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wieder aufgenommen wurde. Klimapolitik wird immer mehr zum Querschnittsthema in Europa. Die Europäische Kommission wird das Thema Energie und Klima in verschiedenen Generaldirektionen verankern, und auch der neue EU-Ratspräsident van Rompuy hat für den Sondergipfel am 11. Februar das Thema auf die Agenda gesetzt. Die Resonanz beim EU-De-Briefing mit 130 Teilnehmern unterstreicht die Bedeutung, die dieses Thema im Kreise der deutschen Interessengruppen hat.

01.03.2010 EU-De-Briefing Rat Justiz und Inneres

Der Rat der Europäischen Union Justiz und Inneres beschäftigte sich mit den Debatten um das SWIFT-Abkommen, der Europäischen Sicherheitsstrategie, der Europäischen Schutzanordnung sowie der Agenda der neuen designierten EU-Kommissare für Justiz und Inneres. Dies wurde während des heutigen EU-De-Briefings zum Rat Justiz und Inneres vom 25. und 26. Februar 2010 deutlich:

Die europäische Innenpolitik betreffend ging es vor allem um die Vorstellung des Programms der neuen designierten Kommissarin **Cecilia Malström**. Dies betraf vor allem das gemeinsame europäische Asylsystem, einen einheitlichen europäischen Raum des Schutzes (mit Hinblick auf die Genfer Konvention) sowie Migrations- und Integrationsfragen. Weitere wichtige Themen waren die europäische Sicherheitsstrategie im Rahmen des Stockholmer Programms, die Ausgestaltung der Kompetenzen des neuen ständigen Rates für die innere Sicherheit (COSI) sowie die Debatte um das SWIFT-Abkommen und das Schengen-Informationssystem SIS II.

Im Justiz-Teil standen unter anderem die Europäische Schutzanordnung für den grenzüberschreitenden Opferschutz und die Fragen nach deren Rechtsgrundlage und praktischen Umsetzung, der künftige Beitritt der EU zur EMRK sowie das Verhältnis zwischen der EU und den USA im Lichte des SWIFT-Abkommens zur Diskussion.

Im Anschluss wurden vor allem Fragen nach der Zusammenarbeit der Bundesministerien in europapolitischen Belangen mit dem Bundestag und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gestellt. Daneben standen auch die deutschen Positionen zum COSI, zur europäischen Sicherheitsstrategie und zum SWIFT-Abkommen im Fokus.

31.03.2010 EU-De-Briefing zum Rat Landwirtschaft und Fischerei

Die EU-Landwirtschaftsminister schienen sich auf ihrer Tagung am 29. März in mehreren Punkten wieder einmal in zwei Lager zu teilen: in die Regulierer und in die Marktorientierten. Am Ende standen lediglich Schlussfolgerungen der Präsidentschaft, nicht des Rates. Es ging um das „bessere Funktionieren der Nahrungsmittelkette“, die Zukunft der GAP und die Rolle der Marktinstrumente nach 2013 sowie eine Debatte um die Rolle der Landwirtschaft und der GAP im Rahmen der Strategie Europa 2020.

Beim EU-De-Briefing des Netzwerks EBD am 31. März 2010 wurde deutlich, dass es in den genannten Punkten noch viele Diskussionen geben wird, bis es zu klaren Abschlüssen kommt. Im Fokus der Diskussion standen die Maßnahmen zur Marktregulierung, wo die Standpunkte der Mitgliedstaaten stark auseinandergehen. Fest stand, dass es ab 2013 eher weniger als mehr Geld geben

wird und dass die Verteilungskämpfe zwischen „Direktzahlungen“ und „Entwicklung des ländlichen Raumes“ noch in mehrere Runden gehen werden. Lediglich die Stellung der Landwirtschaft in der Strategie Europa 2020 war recht unstrittig, zumal der Europäische Rat wenige Tage vorher diese Rolle bereits berücksichtigt hatte.

In der anschließenden Diskussion mit den rund 40 Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppen ging es um strategische Reserven, Interventionspreise, Exportsubventionen und das Risikomanagement bei Ernteaufschlägen und Seuchen.

Das Netzwerk EBD bedankt sich sehr bei **Dr. Hanns-Christoph Eiden**, den Unterabteilungsleiter für EU-Angelegenheiten im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der in dieser Funktion letztmalig das EU-De-Briefing durchgeführt hat. Er wechselt als Präsident zur Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach Bonn.

12.05.2010 EU-De-Briefing zum Rat Bildung, Jugend und Kultur

Die EU-Strategie-2020 darf sich nicht allein auf bloße Wirtschaftsthemen und Wachstumsziele konzentrieren, sondern sollte auch die Bedeutung der kulturellen sowie bildungs- und jugendpolitischen Dimension für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU stärker berücksichtigen. Das war eine zentrale Erkenntnis des EU-De-Briefings Bildung, Jugend und Kultur, bei dem die Bundesregierung etwa 60 Vertreter von Interessengruppen über die Ergebnisse des letzten Rates informierte. Als Gastgeber fungierte die EBD-Mitgliedsorganisation **Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten**.

Neben der EU-Zukunftsstrategie als das zentrale Thema, wurden die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf den Rat angesprochen. Hier gab es eine konkrete institutionelle Veränderung, denn seit neuestem ist dieser Rat auch für Sportpolitik zuständig. Inhaltlich beschränkte sich dies zunächst auf eine allgemeine Aussprache.

Desweiteren hat sich der Rat u.a. mit der Zukunft der digitalen Bibliothek Europeana, dem Europäischen Kulturerbe-Siegel, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut unter jungen Menschen sowie der Internationalisierung der Hochschulbildung beschäftigt.

20.05.2010 EU-De-Briefing Landwirtschaft und Fischerei

Bei dem EU-De-Briefing Landwirtschaft und Fischerei in den Räumlichkeiten der **Heinrich-Böll Stiftung** informierte das BMELV die rund 40 Vertreter/-innen von Interessengruppen über die Ergebnisse des letzten Rates (17. Mai) sowie über das erste informelle Treffen der Fischereiminister in Vigo vom 4.-5. Mai. Zudem wurde eine Vorschau auf das informelle Treffen der Landwirtschaftsminister vom 30. Mai bis 1. Juni in Merida gegeben.

Zentrale Themen des Rates waren die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Lebensmittelmodells sowie die Anpassung der EU-Forstpolitik an die Herausforderungen des Klimawandels. In Bezug auf Ersteres wurde einerseits die Wichtigkeit der qualitativ hochwertigen Lebensmittelversorgung für die europäischen Verbraucher hervorgehoben, andererseits die Notwendigkeit betont, die europäische Lebensmittelproduktion unter Einhaltung wettbewerbsrechtlicher Spielregeln auch im internationalen Vergleich wirtschaftlich besser aufzustellen. Mit Blick auf die Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel wurde von einer Vielzahl von Mitgliedsstaaten für eine ganzheitliche Betrachtung der Wälder plädiert. Der Politikkohärenzansatz fordere die Beschäftigung auch der Landwirtschaftsminister mit diesem Thema.

Im Rahmen des informellen Fischereiministertreffens standen Reformvorschläge der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) zur Diskussion. Fragen der Berücksichtigung regionaler Belange, des Ausmaßes der Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf regionale Gremien, insbesondere nach dem Lissabon-Vertrag, sowie der ökologisch nachhaltigen Gestaltung einer zukünftigen Fischereipolitik waren hier entscheidend. Bei dem Treffen in Merida wird dann die Frage des Potentials der GAP für

die Erreichung der Ziele der EU-Zukunftsstrategie 2020 diskutiert werden. Die europäische Agrarwirtschaft könne erheblich zu Wachstum und Beschäftigungssteigerung beitragen.

07.06.2010 EU-De-Briefing zum Rat Justiz und Inneres

Innere Sicherheit, Aufbau von SIS II und ein Europäischer Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels waren die Hauptthemen beim EU-De-Briefing am 7. Juni 2010 in den Räumen des Netzwerks EBD. **Thomas Binder**, Leiter der Unterabteilung G II im Bundesministerium des Innern, und **Klaus Meyer-Cabri van Amelrode**, Leiter der Stabsstelle EU-Koordination im Bundesministerium der Justiz informierten die rund 30 Vertreter/-innen der Interessengruppen über die wichtigsten Ergebnisse der Sitzung des EU-Ministerrates Inneres und Justiz am 3. und 4. Juni.

Die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems ist seit einigen Jahren im Aufbau – und ebenso in der Kritik. So fehlte den Ministern ein verbindlicher Zeitplan, ebenso wie ein Finanzierungsplan und insgesamt wurde die Kostenexplosion heftig kritisiert. Bei der allgemeinen Diskussion zur öffentlichen Sicherheit in der EU auf Grundlage des Madrid-Reports, der die Berichte von EU-Akteuren wie Europol und Frontex zusammenfasst, stand das Thema Cyber-Kriminalität im Zentrum der Debatte. Darüber hinaus hatte die Europäische Kommission den Rat informell über die erste Runde der Verhandlungen mit den USA bezüglich des SWIFT-Abkommens informiert, die nach dem Wunsch beider Verhandlungspartner möglichst rasch zu einem Abschluss gebracht werden sollen, möglicherweise bereits im Juli diesen Jahres.

Im justiziellen Bereich wurde erstmals die verstärkte Zusammenarbeit begonnen, die durch den Vertrag von Lissabon installiert wurde. So genehmigte der Rat der Justizminister den Antrag von 14 Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet des Scheidungsrechts in Zukunft enger zusammen zu arbeiten.

3.3 EU-Analyse

EU-Analysen sind gezielte Hintergrundgespräche mit EU-Akteuren, Experten und Interessenvertretern zu ausgewählten Themen, die insbesondere in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission ausgewählt und geplant werden. So werden aktuelle Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission auf nationaler Ebene diskutiert und Interessengruppen wie auch die Bundesregierung dabei unterstützt, eine dezidierte und ausgewogene Stellungnahme zu den Gesetzesinitiativen der Kommission zu erstellen. Dadurch soll die aktive Gestaltungsmöglichkeit von Europapolitik auf nationaler Ebene im Dialog zwischen Interessengruppen und Bundesregierung noch deutlicher hervorgehoben werden.

11.09.2009 EU-Analyse Grünbuch „Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“

Mobilität ist ein zentrales Thema in Europa, ob im Verkehrswesen, im Handel - oder in der Bildung. Um die Potenziale eines offenen Europas für junge Menschen noch stärker zu nutzen, hat die Europäische Kommission am 8. Juli 2009 ein Grünbuch "Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern" vorgelegt.

Das Netzwerk EBD hat am 11. September gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin eine EU-Analyse zu diesem Grünbuch durchgeführt, an der sich fast 50 Interessenvertreter beteiligt haben.

Christian Tauch von der Europäischen Kommission stellte die wichtigsten Punkte des Grünbuchs kurz vor, **Juliane Reimers** vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erläuterte anschließend, wie der Stand der Ressortabstimmungen ist und welche Schwerpunkte das BMBF setzen möchte.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Die anschließende sehr intensive Diskussion konzentrierte sich auf die Fragen, wie die Mobilität im Bereich der beruflichen Bildung erhöht werden kann, wie die weiterhin bestehende Schwierigkeit der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen beseitigt und bestehende Programme stärker vernetzt werden können.

07.10.2009 EU-Analyse Grünbuch „Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik“

EU-Kommissar Joe Borg brachte es im April 2009 auf den Punkt: "Wir stellen die Grundprinzipien der derzeitigen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) auf den Prüfstand."

Das Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik musste eigentlich im Frühjahr noch gar nicht kommen - erst für 2012 war die Kommission aufgefordert, Vorschläge für eine Reform der laufenden GFP zu machen. Doch die Kommission sieht die aktuelle Lage als so dramatisch an, dass ein Handeln nötig wurde.

88 % der Fischbestände in der EU sind überfischt, die meisten Fangflotten haben extreme Überkapazitäten (jedoch wohl nicht in Deutschland) und rund 30 % der Fischarten sind vom Aussterben bedroht. Hinzu kommt eine verfehlte Subventionspolitik und eine auf kurzfristige Effekte und nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik. Klare Worte, wohlgermerkt von der Europäischen Kommission im Grünbuch formuliert.

Die EU-Analyse vom Netzwerk EBD am 7. Oktober 2009 mit rund 30 Vertreterinnen und Vertreter der Interessengruppen sorgte für eine entsprechend intensive Diskussion. Im Zentrum standen dabei die Probleme der Überfischung und des so genannten Beifangs sowie die Frage nach der besseren Kontrolle. Hier gibt es in einigen Ländern wie z.B. Dänemark den Videobeweis, das heißt, eine Kamera an Bord zeichnet auf, wie mit dem Fang umgegangen wird. Ein weiterer sehr kritischer Punkt war die mögliche Einführung einer "Individual Transferable Quota" - ein Quotensystem, bei dem für bestimmte Fischarten Quoten ausgeschöpft, oder mangels Bestand an andere verkauft werden können. Im Frühjahr 2010 sollen die Ergebnisse der Konsultation vorgestellt werden, eine Umsetzung ist erst für die Zeit nach 2012 vorgesehen - wie ursprünglich vorgesehen.

12.10.2009 EU-Analyse „Lobbying for Europe – The Lisbon Treaty as a new chance for European Lobbying“

Mit der Zustimmung der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon Anfang Oktober wurde das Tor zur Reform der Europäischen Union weit aufgestoßen. Wie die Iren vor dem Referendum durch die Pro-Kampagne informiert wurden, wie Lobbying von nationalen Ministerialbeamten in der EU bewertet wird und welche Entwicklungen in der professionellen Interessenvertretung nach der Ratifizierung des Reformvertrags zu erwarten sind, war Thema in der EU-Analyse am heutigen Mittag.

Mit Erfahrungen aus erster Hand informierte **Andrea Pappin**, Executive Director des European Movement Ireland, 80 deutsche Interessenvertreter über die Kampagne zum zweiten irischen Lissabon-Referendum. Mit dem Ansatz eines neutralen "Fact Checkings" der Pro- und Contra-Argumente beider Seiten wurde die irische Bevölkerung persönlich, emotional und authentisch angesprochen.

Für ein professionelles EU-Lobbying scheint dieser Ansatz weniger erfolgsversprechend - dies ein Ergebnis der Stakeholder-Studie von Burson-Marsteller, die **Marco Hardt**, Managing Director des Berliner Büros anschließend präsentierte. Zumindest die befragten 30 deutschen Stakeholder in Bundestag und Ministerien empfänden eine emotionale Ansprache als eher störend. Gefragt seien vielmehr faktische und nüchterne Informationen durch die Interessengruppen.

Dr. Joachim Wuermeling, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft – GDV, schlug abschließend zwischen beiden Positionen eine Brücke: Natürlich würden deutsche Interessenvertreter für ihre Sachkenntnis und Gründlichkeit ge-

schätzt, allerdings litten die Lobby-Anstrengungen oft darunter, dass zu lange und zu trocken referiert anstatt kurz und prägnant argumentiert werde.

26.11.2009 EU-Analyse Grünbuch „Europäische Bürgerinitiative“

Am 1. Dezember 2009 tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft. Mit einer Europäischen Bürgerinitiative können dann eine Million Bürgerinnen und Bürger aus einer Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten die Europäische Kommission zu einer Gesetzesinitiative zu einem Thema auffordern, das aus ihrer Sicht einer europäischen Regelung bedarf.

Noch vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat die Europäische Kommission am 11. November 2009 ein Grünbuch "Europäische Bürgerinitiative" veröffentlicht und alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer Konsultation eingeladen.

Am 26. November organisierte das Netzwerk EBD gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission eine EU-Analyse zum Grünbuch. Im Beisein der ehemaligen Europa-Abgeordneten **Sylvia-Yvonne Kaufmann**, seinerzeit Berichterstatterin zur Bürgerinitiative im Ausschuss für konstitutionelle Fragen, sowie der Vize-Präsidentin des Netzwerks EBD und ehemaligen EU-Kommissarin **Michaele Schreyer** diskutierten rund 40 Interessengruppenvertreter die unterschiedlichen Aspekte und Fragen des Grünbuchs.

Befürworter der Europäischen Bürgerinitiative sehen in ihr ein wichtiges Instrument zum Ausbau der demokratischen Partizipation in der EU. Durch die Europäisierung von für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Debatten soll eine europäische Öffentlichkeit schrittweise Realität werden. Mit der Europäischen Bürgerinitiative werde den Bürgern somit ein wirksames Instrument an die Hand gegeben, selbst die politische Agenda mitzubestimmen. Das Europäische Parlament könne die Themen der Bürgerinitiativen aufnehmen und durch parlamentarische Debatten verstärken.

Da der Vertrag von Lissabon lediglich die rechtlichen Grundlagen für die Bürgerinitiative setzt, muss nun das konkrete Verfahren ausgestaltet werden. Die Kommission plant eine rasche Umsetzung: Ende Januar 2010 endet die Konsultationsphase, ein Gesetzesvorschlag soll dem Rat und der Europäischen Parlament im Laufe des kommenden Jahres vorgelegt werden.

29.01.2010 EU-Analyse „EU-Karriere – Neue Auswahlverfahren 2010“

Eine Position in den EU-Institutionen gilt noch immer als beruflicher Karrieresprung schlechthin – auch wenn immer wieder der Eindruck vorherrscht, dass verhältnismäßig wenige Deutsche diesen Sprung wagen wollen. Der Eindruck trügt!

Um einen dieser begehrten EU-Jobs zu erlangen galt es bislang, ein recht aufwendiges Auswahlverfahren zu durchlaufen, den so genannten Concours. Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) hat die EU-Auswahlverfahren in den letzten Jahren umfassend modifiziert und ab März 2010 werden die ersten Ausschreibungen nach den neuen Verfahren veröffentlicht.

Aus diesem Grunde hatten das Netzwerk EBD und die Europäische Kommission am Freitag, dem 29. Januar 2010 eine EU-Analyse zu den neuen EU-Auswahlverfahren organisiert. **David Bearfield**, Direktor von EPSO stellte die neuen EU-Auswahlverfahren vor, **Matthias Schikorski** vom Auswärtigen Amt ergänzte, was auf nationaler Ebene für deutsche EU-Karrieren getan wird. Offensichtlich nicht wenig, denn Deutsche stellen immerhin über 10 Prozent der EU-Beamten – nicht zuletzt in einflussreichen Positionen.

Das Interesse an den neuen EU-Auswahlverfahren ist sehr hoch: allein über 150 Teilnehmer waren es bei der EU-Analyse, die mit ihren zahlreichen Wortmeldungen und Fragen zu Terminen, Assessment-Center und „abstraktologischem Denken“ die Diskussion anfachten. Noch größer war das Interesse bei der Informationsmesse des Auswärtigen Amtes am Samstag, dem 30. Januar 2010, die das Netzwerk EBD organisatorisch unterstützt hatte und auch die Karrierechancen am College of Europe vorgestellt hat.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

01.03.2010 EU-Analyse „EU-Karriere – Neue Auswahlverfahren 2010“

EU-Karrieren sind offensichtlich sehr attraktiv und beliebt! Nachdem bereits am 29. Januar 2010 eine erfolgreiche EU-Analyse zu den neuen EU-Auswahlverfahren in Berlin stattgefunden hatte, kamen am 1. März über 50 Teilnehmer in die Kommissionsvertretung nach Bonn.

Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) hat in den letzten Jahren die EU-Auswahlverfahren umfassend modifiziert, und ab März 2010 werden diese Neuerungen umgesetzt.

Die zweite EU-Analyse zu diesen Neuerungen wurde gemeinsam mit der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn durchgeführt.

Ulrich Sondermann, Head of Unit beim Europäischen Amt für Personalauswahl (EPSO), stellte die Neuerungen der EU-Auswahlverfahren 2010 vor. **Nikola Gillhoff** von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ergänzte um die Angebote, die das Auswärtige Amt deutschen Bewerber/-innen zur Verfügung stellt u.a. einen elektronischen Newsletter sowie Informationsveranstaltungen und Vorbereitungsseminare.

07.06.2010 EU-Analyse Grünbuch „Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien“

Die europäische Kultur- und Kreativindustrien stellen eine dynamische Wachstumsbranche dar, sie schaffen soziale und territoriale Kohäsion und sind Motoren von Innovation in Europa. Das Potenzial dieser Branche ist jedoch noch nicht völlig ausgeschöpft. Globalisierung und Digitalisierung sind gleichzeitig Herausforderung und Chance. Daher sei es unabdingbar, Strategien zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft auch auf EU-Ebene zu forcieren. Dies waren zentrale Erkenntnisse der EU-Analyse.

Heidi Ulrich, Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur, betonte, dass die Rahmenbedingungen in Bezug auf den Zugang zu Kapital sowie zu Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert werden müssen. Die Kreativwirtschaft müsse mit der regionalen und lokalen Entwicklung verknüpft werden. Das Grünbuch der EU-Kommission solle hier einen ersten Schritt darstellen, während der angelaufene öffentliche Konsultationsprozess mit Interessengruppen der Anregung einer öffentlichen Debatte über die Vorschläge der Kommission diene. Frau Ulrich betonte, dass die Kultur- und Kreativindustrie auch in der neuen Europa 2020-Strategie hervorgehoben werden solle. Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kulturraumes stehe im Raum.

Dr. Michael Weck, Referat Kulturwirtschaft beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, unterstrich drei Aspekte des Grünbuchs: Die Notwendigkeit einer besseren Kapitalversorgung für Kreativunternehmen durch unkomplizierte Kleinkredite, die Professionalisierung der Branche durch die Verbesserung persönlicher Qualifikationsprofile sowie die Wichtigkeit der Kooperation von Wirtschafts- und Kulturpolitik.

Interessengruppenvertreter thematisierten u. a. den starken Fokus des Grünbuchs auf Digitalisierung, die Notwendigkeit eines Finanzausgleichs für kleine und mittlere Unternehmen bei der Umstellung auf neue Funktechnologien sowie den Stand der ressortübergreifenden Zusammenarbeit der Brüsseler Generaldirektionen.

3.4 EU-Stammtisch Brüssel in Berlin

Der EU-Stammtisch Brüssel in Berlin als Teil des Konzeptes „Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“ dient zum informellen Erfahrungsaustausch ehemaliger Brüsseler Interessenvertreter. Teilnehmer dieser Treffen kommen aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, der Exekutive sowie dem legislativen Bereich. Sie finden in der Regel im Weinhaus Habel, einem zentral gelegenen

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Weinlokal in Berlin Mitte, statt. Regelmäßig werden zum EU-Stammtisch auch Brüsseler EU-Akteure als besondere Gäste eingeladen.

Insgesamt wurde während der Berichtsperiode 2009/10 dreimal zu einem EU-Stammtisch eingeladen: am **24. September 2009**, **17. Dezember 2009**, sowie am **04. März 2010**, bei dem **Rainer Wieland**, Vize-Präsident des Europäischen Parlaments sowie Vize-Präsident der Europäischen Bewegung International als besonderer Gast begrüßt werden konnte.

3.5 EU-Vortrag Serbischer Vize-Ministerpräsident zu Gast beim Netzwerk EBD

Bozidar Djelic, stellvertretender Ministerpräsident Serbiens und zuständig für die Europäische Integration präsentierte sich bei seinem Vortrag am 4. Mai 2010 beim Netzwerk EBD als überzeugter und erfahrener Europäer. Djelic gab vor rund 70 Gästen aus Interessengruppen, Botschaften und Politik einen Überblick über die vielfältigen Vernetzungen und aktuellen Kooperationen Serbiens mit der EU sowie ein Stimmungsbild der serbischen Bevölkerung zur EU. Insbesondere die Visa-Vereinbarungen, die im Dezember 2009 geschlossen wurden, hätten die Zustimmung im Land rasant nach oben schnellen lassen.

Dank der engen Kooperation des Netzwerks EBD mit der Europäischen Bewegung in Serbien und der Serbischen Botschaft in Berlin war es zu diesem Besuch des serbischen Vize-Premier Djelic gekommen. Zudem ist seine europapolitische Beraterin, Ksenija Milenkovic, Vize-Präsidentin der Europäischen Bewegung International.

4 Aktivitäten und Projekte

4.1 College of Europe Brügge/Natolin

Nicht nur die Europäische Bewegung Deutschland hat 2009 ihr 60-jähriges Bestehen gefeiert – auch das College of Europe. Seit diesem gemeinsamen Beginn führt die Europäische Bewegung Deutschland die Auswahl der jährlich rund 35 deutschen Studierenden am College of Europe durch. Dank der großzügigen Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das sogar noch eine Erhöhung der Mittel zugesichert hat, sowie die Unterstützung der Länder Hessen und Baden-Württemberg erhalten die Studierenden Stipendien, die in der Regel die Studiengebühren abdecken.

Das Interesse hoch ausgebildeter Studierender an einer exzellenten Fortsetzung ihrer Ausbildung am College of Europe ist ungebrochen. Für das Studienjahr 2010/2011 gingen 101 Bewerbungen ein. Von diesen Bewerberinnen und Bewerbern wurden 60 Kandidaten ausgewählt, die am 18. und 19. März 2010 vor der Auswahlkommission der Europäischen Bewegung Deutschland unter Leitung ihres Vorsitzenden, **Prof. Dr. Rudolf Hrbek**, ihre fachlichen wie auch sozialen Kompetenzen unter Beweis stellen konnten. Am Ende konnten 39 einen Studienplatz bzw. ein Stipendium erhalten und werden im September ihr Studium in Brügge und Natolin beginnen.

Die 33 deutschen Stipendiaten des laufenden Studienjahres 2009/2010 stehen in ständigem Kontakt zum Netzwerk EBD. Darüber hinaus besucht das Netzwerk EBD sie einmal pro Studienjahr in Brügge bzw. Natolin. Im Zentrum dieser Treffen stehen allgemeine Fragen zum Studium, aber insbesondere auch Fragen des Berufseinstiegs. Dies war Anfang 2010 in besonderer Weise relevant, da das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) die Auswahlverfahren umfassend reformiert haben und im März 2010, nach über fünf Jahren, erstmalig wieder neue Ausschreibungen veröffentlicht wurden. Dazu hatte das Netzwerk EBD Referenten nach Brügge vermittelt und mit zwei eigenen EU-Analysen (s. Punkt 3.3) in Deutschland über die Auswahlverfahren informiert.

Die Alumni-Arbeit wurde weiter intensiviert. So unterstützt das Büro des Netzwerks EBD ebenso bei der Pflege der Adressdatenbank wie auch bei der Organisation des Alumni-Stammtisches. Auch in diesem Jahr veranstaltete das Auswärtige Amt in Kooperation mit dem Netzwerk Europäische Be-

wegung Deutschland und anderen Partnern am 30. Januar 2010 eine ganztägige Informationsmesse, auf der auch das College of Europe vorgestellt wurde. Außerdem konnten Alumni auf der Messe zahlreiche Gespräche mit Interessenten für das College führen.

Um auch in Zukunft hoch ausgebildete deutsche Studierende an das College of Europe zu entsenden, wurden die Werbemaßnahmen weiter intensiviert, mit einem Fokus auf elektronische Medien. Zusätzlich finden Informationsabende in den Landesvertretungen von Hessen sowie Baden-Württemberg in Brüssel statt, an denen insgesamt mehr als 100 interessierte Praktikanten und junge Mitarbeiter aus Brüssel teilnahmen. Auch deutsche Alumni, die jetzt in Brüsseler Institutionen tätig sind, referierten erneut über ihren Aufenthalt am College und ihren weiteren Werdegang.

Das Angebot, am College of Europe in Brügge Natolin zu studieren ist auch weiterhin für die Medien von Interesse. So konnten in einer Reihe von Online-Medien neben Werbemaßnahmen auch kurze Berichte über das Leben und Studieren am College of Europe platziert werden.

4.2 Europäischer Wettbewerb

Das **Zentrum für Europäische Bildung** (ZEB), eine Arbeitseinheit der Europäischen Bewegung Deutschland mit Sitz in Bonn, organisiert den Europäischen Wettbewerb seit 1978. Nach einer umfassenden Neuorientierung des Wettbewerbs wird dieser gemäß den Vorgaben des im Februar 2008 von der Amtschefskonferenz der Kultusministerkonferenz (KMK) eingesetzten Lenkungsausschusses umgesetzt.

Der Lenkungsausschuss hat den Auftrag, die inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des Europäischen Wettbewerbs auszuarbeiten und für die Umsetzung zu sorgen. Die Finanzierung der Geschäftsstelle tragen das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Auswärtige Amt (AA). Die Länder stellen Lehrkräfte für die Jurierung frei, stellen ggf. Geld- und Sachmittel bereit und unterstützen in unterschiedlicher Art und Weise die für die Durchführung des Wettbewerbs notwendigen spezifischen Strukturen in den Ländern.

Im Schuljahr 2009/10 lautete das Motto des 57. Europäischen Wettbewerbs „**Mit neuem Mut. 2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**“. Die geänderten Teilnahmebedingungen überließen den Teilnehmern die Wahl ihrer Arbeitsmethoden, zudem war auch die Beteiligung von Gruppen zugelassen. Insgesamt fertigten 75 584 Schülerinnen und Schüler an 1 176 Schulen Arbeiten an, von denen 26 775 ihre Beiträge zu den Landesjürys einreichten.

Die länderübergreifende Jury tagte in der zweiten Märzwoche 2010 in Buchenbach bei Freiburg (Baden-Württemberg), dabei konnte sie 628 Preise vergeben. Darunter befanden sich wieder Einladungen zu internationalen Jugendseminaren sowie Preise des Bundestagspräsidenten, der Bundeskanzlerin und der Kultusministerkonferenz. Die Preise wurden vielfach im Rahmen lokaler und regionaler Preisverleihungen, beginnend mit den Europatagen, überreicht.

Die besten Wettbewerbsbeiträge der Jahre 2001 bis 2009 werden in einer „**Galerie**“ unter www.europaeischer-wettbewerb.de präsentiert. Für die Ergebnisse des 57. EW 2010 machen die veränderten Wettbewerbsstrukturen eine neue Präsentationsform erforderlich, die im Rahmen eines für 2010 geplanten neuen Internetauftritts realisiert werden soll.

Der Lenkungsausschuss für den Europäischen Wettbewerb kam von Juni 2009 bis April 2010 zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen. Er beschloss die Themen, die Teilnahmebedingungen und die Gestaltung der Ausschreibung für den 57. Europäischen Wettbewerb. Darüber hinaus legte er die Richtlinien für die weitere Zusammenarbeit der Länder fest und bereitete die Berichterstattung über die Neustrukturierung des Europäischen Wettbewerbs für die Amtschefs vor.

Dank einer Förderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) konnte das ZEB im Schuljahr 2009/10 wieder einen Internetwettbewerb, den **EU Internet Award 2010** (www.eu-internet-award.de) ausschreiben. Projektgruppen unterschiedlicher Schulen in drei europäischen

Ländern waren aufgerufen, gemeinsam eine Webseite zum Thema „European Year Combating Poverty and Social Exclusion“ im Internet zu präsentieren.

Zum 30. April 2010 präsentierten 12 Europäische Projektgruppen, bestehend aus je drei (bis max. vier) Schulen, die Ergebnisse ihrer Arbeit im Internet. Die Begutachtung der Projekte wird von einer internationalen Expertenjury online vorgenommen. Drei Projektgruppen werden mit Geldpreisen von 500, 400 und 300 € pro beteiligter Schule ausgezeichnet. Die Siegerprojekte und die Kommentare der Juroren werden anschließend auf der Webseite www.eu-internet-award.de veröffentlicht.

4.3 Aktion Europa

Seit 2007 ist das Netzwerk EBD als institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes eng in die „Aktion Europa“ der Bundesregierung eingebunden. Im Rahmen der Aktion Europa veranstaltete das Netzwerk EBD 2007 und 2008 gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt den „**Runden Tisch Europakommunikation**“. Dieses Veranstaltungsformat sollte den europapolitischen Dialog zwischen Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, EU-Kommission, Europäischem Parlament und der Zivilgesellschaft stärken und so jeweilige Standpunkte und Erwartungen diskutieren. Im Berichtszeitraum wurde kein Runder Tisch durchgeführt.

Darüber hinaus betreut das Netzwerk EBD im Auftrag des Auswärtigen Amtes das **Internetportal** www.aktion-europa.de – ein Angebot des Netzwerks EBD, dieses im Rahmen der institutionellen Förderung, ohne zusätzliche Mittel zu übernehmen. Denn das Portal soll vor allem die Multiplikatoren der Europakommunikation über aktuellen Entwicklungen sowie über Ausschreibungen im Rahmen der Verwaltungspartnerschaft informieren. Die Zulieferung dieser wichtigen Informationen erfolgt jedoch nicht automatisch, so dass es im zurückliegenden Jahr zu mancher Unzufriedenheit bei der Zivilgesellschaft gekommen ist.

Vor diesem Hintergrund hatte sich der **Vorstand** des Netzwerks EBD am 26. März 2010 dafür ausgesprochen, die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland weiterhin kritisch und konstruktiv zu evaluieren. Eine externe Evaluierung der Verwaltungspartnerschaft der "Aktion Europa" hatte eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen, die seit langem vom Netzwerk EBD erkannt und benannt wurden. Dabei müsse der Blick insbesondere auf die europäische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung gerichtet werden, deren Mittel- und Projektvergabe transparenter und näher an der Zivilgesellschaft geschehen müsse.

Immer wieder komme es dazu, dass umgesetzte Projekte den in Ausschreibungen ursprünglich geforderten Qualitätsstandards nicht genügten. Hier fordert das Netzwerk EBD im Sinne der Mitbewerber wie auch mit Blick auf die Qualität der deutschen Europakommunikation die Einhaltung klarer Vorgaben und eine kritische Evaluierung nach Abschluss der Projekte. Dies findet nach Informationen des Netzwerks EBD bislang nur sehr unzureichend statt.

Das Netzwerk EBD evaluiert im Interesse seiner **Mitgliedsorganisationen** die Rahmenbedingungen für die europapolitische Information und Kommunikation und wird auch im kommenden Jahr mit Blick auf die Aktion-Europa hier ihren Schwerpunkt legen.

4.4 PRINCE Korrespondent Europäische Kommission

Seit September 2007 hat das Netzwerk EBD seine Arbeit in diesem Bereich aufgenommen. Die Tätigkeit als **PRINCE-Korrespondent („Programme d'Information du Citoyen Européen“)** erteilt den Auftrag zur Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger über europapolitische Themen und zu deren Einbindung in aktuelle Debatten durch Projekte und Maßnahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Die im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission durchgeführte Tätigkeit als PRINCE-Korrespondent umfasste im Berichtszeitraum neben Einzelmaßnahmen folgende Großprojekte:

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

- **JUMP Europatour 2010:** Von Mitte April bis Ende Juni 2010 begaben sich die EU-Kommission und das Jugendradio MDR JUMP gemeinsam auf eine Tour zu 50 Schulen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die JUMP Europatour 2010 brachte den Jugendlichen mit einem speziell gestalteten Info-Bus, Fußball-Europameisterschaften, europäischen Sounds, Wissenswettbewerb und Workshops sowie vielen weiteren Angeboten Europa nahe. Im Rahmen der Organisation und Durchführung des Projektes wurden vom Netzwerk EBD umfangreiche Vorarbeiten geleistet und über 70 externe Referenten organisiert, welche den Schülern an den teilnehmenden Schulen Rede und Antwort standen. Hierbei handelte es sich um Minister der jeweiligen Länder, Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Bundestages und der Landtage, sowie um Berater der Europe Direct Relais, von Eurodesk-Stellen und anderer Einrichtungen. Zudem konnten speziell geschulte Mobilitätscoachs und Jugendliche u. a. vom JuniorTeam Europa, den Europeers und den Young European Professionals gewonnen werden.

Mitarbeiter des Generalsekretariats begleiteten die gesamte Tour bis zum Finale am 24. Juni. Sie übernahmen dabei die Betreuung des Info-Busses der Kommissionsvertretung und setzten v.a. die Aktionsformate „EU-Quiz“ und „Wettbewerb Klassenfahrt“ um.

- **Presseportal „Europa vor Ort“:** Da Europapolitik zwar auf gemeinsame und grenzüberschreitende Lösungen für alle 500 Millionen EU-Bürger zielt, viele Maßnahmen und Regelungen aber auf regionaler Ebene ansetzen oder lokale Auswirkungen haben, entwickelte das Netzwerk EBD das Presseportal „Europa vor Ort“. Das Presseportal (presseportal.eu-kommission.de) nennt für jedes Bundesland Ansprechpartner, Zahlen zu geflossenen EU-Geldern und konkrete Beispiele für die Umsetzung und Bedeutung von Europapolitik. Es bereitet aktuelle Europathemen für die regionale und lokale Ebene in Dossiers auf. Vor allem Regional- und Lokaljournalisten bekommen so einen einfachen und schnellen Zugang zu Europapolitik. Es sollte ihnen dadurch leichter fallen, Europa in ihrer Berichterstattung „herunterzubrechen“ und aufzuzeigen, wo und wie Europa die einzelnen Bürger konkret betrifft. Die Reaktionen vieler Journalisten sind ausgesprochen positiv.

Im Berichtszeitraum wurden vor allem „Flagschiffprojekte“ der EU-Struktur- und Bildungsförderung in den Bundesländern recherchiert und aufbereitet. Highlights waren außerdem die Themenspecials zur Europawahl, zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, zum Lissabon-Vertrag und zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010.

- **Europa in der Schule/ Europa im Betrieb:** Die Entwicklungen und Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden sind für die junge Generation – per se Adressat von Zukunftsthemen – von großer Bedeutung: Was denken und erwarten sie von einem Europa der Zukunft? Wie kann die junge Generation überzeugt werden, diese mitzugestalten? Was ist ihre Vision von Europa? Um über Antworten zu diskutieren, besuchen Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags Schulen und Ausbildungsbetriebe in ganz Deutschland, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und sie frühzeitig in die öffentliche Diskussion einzubeziehen. Ziel ist es, den Jugendlichen im persönlichen Gespräch mit engagierten Politikern die Idee eines starken und geeinten Europas nahe zu bringen und ihnen ein Forum für ihre Fragen zu bieten. Bei den Reihen handelt es sich ausdrücklich nicht um eine Form von Partei- oder Wahlveranstaltung – sie sind konsequent überparteilich ausgerichtet.

Von Dezember 2007 bis Mai 2010 konnten bundesweit 51 Diskussionen durchgeführt werden. Das Interesse für die Veranstaltungsreihe ist bei Betrieben und Schulen sehr groß. Schulen nutzen das Angebot v.a. als Möglichkeit, den Schülern Gesprächspartner aus der Praxis anbieten zu können, um über das bereits erworbene theoretische EU-Wissen zu sprechen. Die Unternehmen begrüßen vor allem, dass sich die Chance zu einer grundlegenden Information der Auszubildenden über berufsrelevante europäische Themen ergibt. Die Diskussionen mit den Europaabgeordneten kompensieren damit Defizite der beruflichen

Ausbildung. Selbst bei stark von europäischer Gesetzgebung betroffenen Berufen vermitteln die Berufsschulen meist kein EU-Wissen.

- **EU-Präsentation:** Die im Dezember 2008 abgeschlossene Überarbeitung der offiziellen EU-Präsentation der Kommissionsvertretung und der Europe Direct Relais bedurfte durch die Europawahl 2009 und durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon einer erneuten Aktualisierung. Diese konnte im April 2010 fertig gestellt werden. Neben inhaltlichen Änderungen (z.B. neue Folien zum Schengen-Raum, Euro-Zone und den Erfolgen der EU im Jahr 2009) wurde auch das Layout neu gestaltet.
- **Onlineportal „EU-Klick“:** Über den Online-Veranstaltungskalender www.eu-klick.de können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Veranstaltungen in den Bundesländern zu EU-bezogenen Themen informieren. Laufend werden neue Termine der Kommissionsvertretungen, zumeist in Kooperation mit weiteren Organisationen, eingestellt. Interessierte können sich die Veranstaltungen nach Bundesland, Format oder Themenschwerpunkt geordnet anzeigen lassen.

5 Internationales Netzwerk der Europäischen Bewegung

Das Netzwerk EBD ist der „deutsche Rat“ der internationalen Europäischen Bewegung. Seine Ursprünge liegen unmittelbar in der Nachkriegszeit. Vor 60 Jahren trafen sich zum ersten Mal Visionäre und Pragmatiker unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen auf dem Kongress in Den Haag, um ihre Ideen für Europa zu formulieren. Die Europäische Bewegung war geboren und wollte diese Idee „Europa“ umsetzen mit dem großen Ziel, Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand für die Menschen zu schaffen.

Die Europäische Bewegung International besteht heute aus über 40 nationalen Räten und mehr als 20 internationalen Mitgliedsorganisationen. Gemeinsam versuchen sie, als europaweites Netzwerk die europäische Integration auf unterschiedlichen Feldern zu fördern. Die Reform, auf die die EBD seit vielen Jahren gedrängt hat, beginnt langsam zu wirken:

- Ein einheitlicher Vorstand (Board) lenkt die politischen und organisatorischen Geschicke.
- Es gibt nur noch Mitgliedsorganisationen, individuelle Mitgliedschaften sind nur über die Mitgliedsorganisationen möglich.
- Ein Rat der Mitglieder (Members Council) vertritt zwischen den Generalversammlungen die Interessen der Mitgliedsorganisationen (eine Stimme pro Organisation)
- Eine „Federal Assembly“, die sich entsprechend der Größe der Mitgliedsorganisationen zusammensetzt und den Vorstand wählt
- Im Juni 2010 wurde ein politisches Beratungsorgan (Advisory Committee) eingeführt, das zukünftig aus wichtigen Persönlichkeiten der Europapolitik bestehen soll

Das Netzwerk EBD zahlt den höchsten Mitgliedsbeitrag aller Mitgliedsorganisationen an die internationale Ebene (14.400 EUR). Diese Mittel dienen vor allem der Arbeit des Brüsseler Büros, das seinen Tätigkeitsschwerpunkt bei der Kampagnen- und Projektarbeit sieht und insbesondere bei der Akquise und Abwicklung von Bürgerforen. Davon kann auch das Netzwerk EBD profitieren.

Derzeit gehören dem Vorstand folgende Deutsche Mitglieder an: die Vize-Präsidenten **Jo Leinen** MdEP (nominiert von der EBD) und **Rainer Wieland** MdEP (nominiert von der Europäischen Volkspartei), **Dr. Katharina Erdmenger** (nominiert vom Europäischen Gewerkschaftsbund) und **Bernd Hüttemann** (nominiert von der EBD).

Präsident der Europäischen Bewegung International ist **Pat Cox**, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments. Seit dem 19./20. Juni 2009 ist **Diogo Pinto** der neue Generalsekretär, gewählt durch die neue Mitgliederversammlung „Federal Assembly“. Gleich im ersten Jahr hat sich die Arbeit des neuen Generalsekretärs und des Vorstands bewährt. Erstmals werden Arbeitspläne aufgestellt und umgesetzt, die Finanzen und die Mitgliederstruktur wurden transparenter.

5.1 European Citizen´s Consultations

Das Netzwerk EBD veranstaltete am 30. November 2009 in Berlin eine europäische Debatte zum Thema „20 Jahre nach dem Mauerfall: Arbeitsbedingungen in Europa – Herausforderungen und Perspektiven“. An der regionalen Debatte nahmen über 70 Vertreter von Interessengruppen aus Deutschland, Polen, Slowenien, Tschechien und Österreich teil.

Bei zwei Podiumsdiskussionen wurden Empfehlungen der Bürger, die die vorrausgegangenen European Citizens' Consultations in ganz Europa ermittelt hatten, diskutiert. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem European Movement International und der König-Baudouin-Stiftung durchgeführt.

6 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks EBD richtet sich weiterhin an verschiedene „Teil-Öffentlichkeiten“ und weniger an die breite Bevölkerung. Das liegt in der Art der Arbeit und auch in der Mitgliederstruktur der EBD begründet.

Der Präsident des Netzwerks EBD, **Dr. Dieter Spöri**, hat im zurückliegenden Jahr eine Reihe von Stellungnahmen zu aktuellen politischen Anlässen gegeben. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Informationsportal EurActiv.de werden alle Stellungnahmen dort veröffentlicht.

6.1 Stellungnahmen, Artikel und Interviews von Dr. Dieter Spöri

- **4. November 2009:** Spöri: „Neues Europäisches Bürgerbegehren ist eine große Chance!“
- **November 2009:** Spöri: „Für ein handlungsfähiges Europa“, Artikel in der Zeitschrift der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz
- **29. Dezember 2009:** Spöri im EurActiv Gespräch: „Realitätsverlust in der Krisendebatte“
- **4. März 2010:** Spöri: „Stützungsaktionen können den Euro zerreißen“
- **5. Mai 2010:** Die Präsidenten der Europäischen Bewegung in Deutschland und Griechenland, **Dr. Dieter Spöri und Michalis Angelopoulos** erklärten zur Lage in Griechenland und Europa: Es ist fünf vor zwölf in der EU! und legen ein Deutsch-Griechisches Manifest für Europa vor.
- **11. Mai 2010:** Spöri: „Das 750-Milliarden Paket bringt lediglich Zeitgewinn!“

6.2 Internet

Das Netzwerk EBD hat im zurückliegenden Jahr seine Internetpräsenz umfassend ausgebaut – inhaltlich, technisch und auch optisch.

Wer die Startseite des Netzwerks EBD aufruft, erhält auf einen Blick in gesonderten Kästen die Nachrichten der Mitgliedsorganisationen, die Nachrichten aus der Europäischen Bewegung International sowie die aktuellen Nachrichten des Medienpartners EurActiv.de.

Dank eines „News-Systems“, können einzelne Nachrichten nun in nahezu alle Rubriken der Webseite automatisch verlinkt werden, so dass sie nur einmal eingegeben werden müssen. Auf diese Weise findet eine stärkere inhaltliche Verknüpfung unterschiedlicher Politikbereiche statt.

Durch diese interne wie externe Verlinkung – oder besser gesagt: Vernetzung – haben sich auch die Zugriffszahlen seit Sommer 2009 stark erhöht.

Besuchten zwischen Januar 2009 und Mai 2009 im Schnitt rund 4.000 „unique visitors“ pro Monat den Internetauftritt des Netzwerks EBD, so erhöhte sich die Zahl im gleichen Zeitraum 2010 auf 6.000.

Dies drückt sich auch in der Relevanzbewertung der Internetseite durch den Suchdienst google aus. Im so genannten „Pageranking“ wird die Linkpopularität einer Seite bzw. eines Dokumentes festgestellt. Lag der Internetauftritt 2008 noch im Pageranking 5 (höchstes mögliches Ranking 10), so stieg er 2010 mittlerweile auf 7, was der gleichen Relevanz von z.B. faz.net entspricht.

Die meisten Besucher der Website kamen über Suchmaschinen, seit der Kooperation mit EurActiv.de vor allem über diese Medienkooperation, aber auch über Wikipedia. Einzelne Mitarbeiter des Generalsekretariats helfen mit eigener Expertise mit, die auch bei professionellen EU-Akteuren aber vor allem beim Bürger einflussreiche freie Enzyklopädie Wikipedia zu nutzen.

Seit 2010 nutzt die EBD auch die Internetdienste Twitter und Facebook. Beide Dienste sind miteinander verknüpft und bieten „kleine Europameldungen“, auch solche, die nicht auf den Internetseiten des Netzwerks erscheinen, vor allem auch europarelevante Meldungen der Mitgliedsorganisationen.

6.3 Publikationsformate

6.3.1 Netzwerk EBD Newsletter – deutsch und englisch

europa:bewegen ist der elektronische Newsletter des Netzwerks Europäische Bewegung, der an einen Verteiler von rund 9.500 Empfängern versandt wird. Er enthält Informationen zur Arbeit des Netzwerks EBD sowie aktuelle Europa-Nachrichten der Mitgliedsorganisationen. Im Berichtszeitraum sind sechs Ausgaben erschienen.

In leicht abgeänderter Form erscheint eine englische Version, mit der auch die internationalen Kontakte des Netzwerks EBD über die Arbeit der EBD informiert werden – in Brüssel wie auch bei den Partnerorganisationen der Europäischen Bewegung International. Im Berichtszeitraum sind zwei Ausgaben erschienen. Ergänzt werden diese durch englisch-sprachige Nachrichten auf der Webseite der Europäischen Bewegung International.

6.3.2 Festschrift „60 Jahre Europäische Bewegung Deutschland“

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens der EBD im Sommer 2009 ist eine Festschrift entstanden, in der auf 48 Seiten ein Rückblick auf die Geschichte der EBD gegeben wird – erstmals in diesem Umfang aufbereitet – und ergänzt wird mit Beiträgen und persönlichen Eindrücken und Erinnerungen von Ehrenpräsident/innen der EBD. Zugleich wird die aktuelle Arbeit der EBD der letzten fünf Jahre dargestellt nach der Neuausrichtung im Jahr 2003/2004. Eine besondere Note erhielt die Festschrift durch eine Vielzahl kurzer Glückwünsche der Mitgliedsorganisationen. Die Festschrift wurde in einer **Auflage von 5.000 Exemplaren** gedruckt, so dass das Netzwerk EBD auch in den kommenden Jahren noch mit dieser hochwertigen Publikation nach außen treten kann.

6.3.3 Kalender zur EU-Ratspräsidentschaft

Wie in der vergangenen Jahren auch, konnte das Netzwerk EBD im Dezember 2009 und im Juni 2010 jeweils eine zweisprachige Übersicht der wichtigsten Termine der spanischen bzw. belgischen EU-Ratspräsidentschaft als DIN-A2-Poster veröffentlichen. Auf diesen bietet das Netzwerk EBD auch den Mitgliedsorganisationen an, wichtige europarelevante Veranstaltungen von bundesweitem Interesse zu veröffentlichen. Die Kalender stehen im PDF-Format unter www.europaeischebewegung.de/index.php?id=4566 zum Download bereit.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Dank der langjährigen Unterstützung durch die **Deutsche Post DHL** konnte der Präsidenschaftskalender in Politik und Interessengruppen, in Berlin und in Brüssel, bestens etabliert werden. Im zurückliegenden Jahr musste die Deutsche Post DHL seine Unterstützung einschränken, so dass das Netzwerk EBD sehr froh ist, in der **NRW.Bank** eine weitere Mitgliedsorganisation gefunden zu haben, die dieses sehr erfolgreiche Produkt finanziell unterstützt.

6.4 Nachrichten der Mitgliedsorganisationen

Die EBD-Webseite dient nicht nur der Veröffentlichung von EBD-Nachrichten sondern ist auch eine Plattform für europapolitisch relevante Nachrichten der Mitgliedsorganisationen. Viele Mitgliedsorganisationen nutzen das Angebot und senden Ihre Nachrichten direkt an die zentrale Adresse europaredaktion@europaeische-bewegung.de. Weitere Nachrichten werden zusätzlich durch das Generalsekretariat recherchiert.

Alle relevanten Nachrichten werden in das Newssystem der EBD-Webseite gespeist. Dadurch kann entschieden werden, wo genau die Nachrichten erscheinen sollen: auf der Profilseite der betreffenden Mitgliedsorganisation, auf der passenden Seite im Bereich Europapolitik oder sogar auf der Startseite. Alle Nachrichten erscheinen auch in einem eigenen Nachrichten-Kasten auf der Startseite. Presseabteilung und Ansprechpartner in der jeweiligen Mitgliedsorganisation werden in Kenntnis gesetzt, wenn Nachrichten veröffentlicht werden. So entsteht ein in Deutschland einmaliger Überblick über die europapolitischen Positionen und Aktivitäten der Interessengruppen.

Die Nachrichten werden zusätzlich mit der Webseite unseres Medienpartners EurActiv.de, sowie den Netzwerk EBD-Profilseiten auf Facebook und Twitter verlinkt.

6.5 Datenbank

Die Adressdatenbank der EBD, eine der umfangreichsten und qualitativ besten Datenbanken von EU-Akteuren in Deutschland, ist weiter gewachsen auf derzeit über 25.000 Einträge (+ 4.000 Einträge im Berichtszeitraum). Das Generalsekretariat verfolgt weiterhin das Ziel, alle europapolitisch relevanten Akteure aus Verwaltung, Politik und Interessengruppen auf Bundes-, Länder- und europäischer Ebene zu erfassen.

Besonders durch die regelmäßigen Veranstaltungen sind die Datensätze auf einem aktuellen Stand. Beständig wurden Anstrengungen unternommen, den Bestand und die Qualität der Daten zu verbessern: durch gezielte Internetrecherchen, durch Abgleich mit der Lobbyliste der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, der Lobbyliste des Deutschen Bundestages, aber auch durch die verstärkte Präsenz in den Ländern und Regionen Deutschlands bzw. die engere Zusammenarbeit mit einzelnen Landesregierungen.

7 Organisation

7.1 Mitgliederversammlung 2009

Die Mitgliederversammlung am 16. Juni 2009 stand ganz im Lichte des darauf folgenden Festaktes zum 60-jährigen Bestehen der EBD. Neben den Berichten zu der politischen Arbeit, den erfolgreich betreuten Projekten wie Europäischer Wettbewerb und College of Europe sowie der Verabschiedung des Jahresabschlusses 2008 konnte das Netzwerk EBD 21 neue **Mitgliedsorganisationen** aufnehmen. Wie in den Vorjahren auch decken diese Organisationen die gesamte gesellschaftliche Bandbreite ab.

Darüber hinaus beschloss die Mitgliederversammlung – nachdem im zurückliegenden Jahr die Vorbereitungen auf die Europawahl 2009 sowie das 60-jährige Bestehen der EBD breiten Raum in den Arbeitsschwerpunkten des Netzwerks EBD einnahmen – dass sich die Arbeit im Jahr 2009/2010 auf die Weiterentwicklung des Arbeitskonzeptes "Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau"

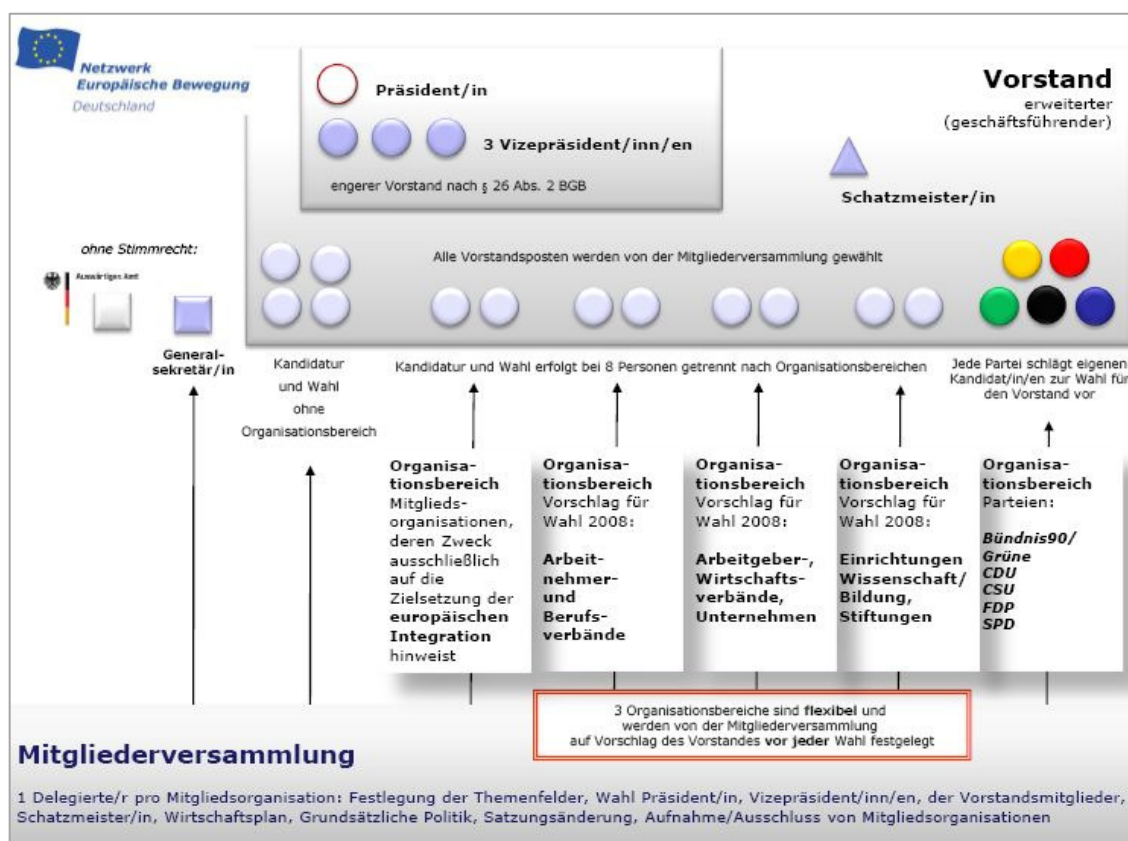
Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

konzentrieren sollte und hier insbesondere eine stärkere Einbindung der parlamentarischen Dimension angestrebt werden sollte.

Weitere Schwerpunkte sollten der Ausbau der Mitgliederarbeit, die internationale Zusammenarbeit, die Kooperation mit den institutionellen Partnern sowie die Öffentlichkeitsarbeit sein.

Organisationsstruktur des „Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland“



7.2 Vorstandsarbeit

Der **Vorstand** leitet verantwortlich die Geschäfte des Vereins. Er besteht aus **insgesamt zweiundzwanzig Personen**, darunter der Präsident, Minister a.D. **Dr. Dieter Spöri**, die Vizepräsidentinnen, **Dr. Kristina Schröder** (geb. Köhler) MdB und Bundesministerin, **Dr. Michaele Schreyer**, EU-Kommissarin a.D., und **Axel Schäfer** MdB. Schatzmeister ist **Dr. Franz Schoser**.

Weitere Vorstandsmitglieder sind: **Dr. Christine Pütz**, **Dr. Peter Spary**, **Jan Schubert**, **Claus Matecki**, **Kirsten Lühmann** MdB, **RA Peter Hahn**, **Thomas Ilka**, **Dr. Barbara Lippert**, **Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**, **Carola Lakotta-Just**, **Ernst Johansson**, **Dr. Dieter-L. Koch** MdEP, **Edith Müller**, **Michael Gahler** MdEP, **Prof. Ursula Männle** MdL, **Horst Meierhofer** MdB und **Felix Porkert**.

Zusätzlich zu diesen stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern werden mit beratender Stimme zu den Vorstandssitzungen **Peter Tempel**, **Peter Schoof** sowie **Matthias Schikorski** aus dem Auswärtigen Amt, **Matthias Petschke**, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, die deutschen Vertreter bei der Europäischen Bewegung International, **Dr. Katharina Erdmenger** sowie **Rainer Wieland** MdEP und **Jo Leinen** MdEP eingeladen.

Der Vorstand tagt in der Regel drei- bis viermal im Jahr. Ferner werden bei Bedarf elektronische Abstimmungen durchgeführt.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Der Vorstand des Netzwerks EBD hat auf seiner Sitzung am **18. September 2009** Beschlüsse zum Europäischen Wettbewerb gefasst, sieben neue Mitgliedsorganisationen assoziiert und Vorschläge für konkrete Veranstaltungsformate zur Arbeit des Europäischen Parlaments gemacht. Nachdem sich das Netzwerk EBD nach rund vier Jahren mit den EU-De-Briefings nach Tagungen des Rates ein gewisses Alleinstellungsmerkmal erarbeitet hat, soll ein ähnliches Format für aktuelle Themen und Entwicklungen im Europäischen Parlament aufgebaut werden.

Auf seiner Sitzung am **4. Dezember 2009** hat der Vorstand intensiv über den gerade in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon und das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative diskutiert. Er beschloss, dass sich die EBD mit einer eigenen Stellungnahme an der Konsultation beteiligen sollte und auch die Meinungen der Mitgliedsorganisationen einholen wollte. Zusätzlich wurden vier neue Mitgliedsorganisationen assoziiert.

Der Vorstand des Netzwerks EBD befasste sich auf seiner Sitzung am **26. März 2010** neben der Assoziierung neuer Mitglieder mit den Themen Finanzen, Mitgliederversammlung und neuen Projekten der Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus sprach sich der Vorstand dafür aus, die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland weiterhin kritisch und konstruktiv zu evaluieren. Eine externe Evaluierung der Verwaltungspartnerschaft der "Aktion Europa" hatte eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen, die seit langem vom Netzwerk EBD erkannt und benannt wurden. Dabei müsse der Blick insbesondere auf die europäische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung gerichtet werden, deren Mittel- und Projektvergabe transparenter und näher an der Zivilgesellschaft geschehen müsse.

7.3 Mitgliedsorganisationen

Der außerordentlich positive Mitgliedertrend von 2008/2009 hat sich auch in 2009/2010 ungebrochen fortgesetzt. Die Mitgliederversammlung nahm am 16. Juni 2009 folgende Organisationen als Mitglieder des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland auf:

1. Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V. – agv
2. Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. – BAGSO
3. Bundesarchitektenkammer - BAK
4. Bundesnotarkammer
5. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – BDEW
6. Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.
7. Bundesverband Medizintechnologie e.V.
8. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände - BDA
9. Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P)
10. Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.
11. Deutscher Juristinnenbund e.V.
12. Europäische Akademie für Steuern, Wirtschaft & Recht. Brauner Klingenberg GmbH
13. Europaverband der Selbständigen, Bundesverband Deutschland-BVD/CEDI e.V.
14. FORUM für Automatenunternehmer in Europa e.V.
15. Fraport AG
16. Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.
17. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
18. Sozialverband Deutschland e.V. - SoVD

19. Verband privater Bauherren e.V. - VPB
20. Verband Privater Rundfunk und Telemedien e. V. - VPRT
21. Verein Deutsche Sprache e.V.

Der Vorstand assoziierte seit der Mitgliederversammlung 2009 die folgenden Organisationen:

1. Software Industrieverband Elektronischer Rechtsverkehr – SIV-ERV
2. Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e.V.
3. Deutscher Akademikerinnenbund e.V.
4. DEHOGA Bundesverband
5. DIN Deutsches Institut für Normierung e.V.
6. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V
7. METRO AG
8. Europäische Bausparkassenvereinigung – EuBV (Mitglied der EMI, nationaler Beitritt wird angestrebt)
9. Gesamtverband Steinkohle e.V.
10. Bundesverband der Freien Berufe – BFB
11. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
12. Wirtschaftsprüferkammer
13. Postgraduierten-Studiengang Europawissenschaften in Berlin
14. Haus & Grund. Eigentümerschutzgemeinschaft - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
15. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR
16. Bundesverband der Süßwarenindustrie e.V.
17. UPS Deutschland Inc. & Co. OHG
18. Zentralverband der Ärzte für Naturheilverfahren und Regulationsmedizin e.V.
19. Bundesingenieurkammer
20. Verband der dt. Fruchtsaftindustrie
21. Citizens of Europe e.V.
22. Allianz Kulturstiftung

Der Vorstand wird in seiner letzten Sitzung vor der Mitgliederversammlung am 18. Juni 2010 folgende Antragsteller sehr wahrscheinlich assoziieren:

- Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V.
- Bundesverband der Unternehmervereinigungen e.V. (BUV)
- Bundeszahnärztekammer - Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Zahnärztekammern e.V.
- Telefónica O2 Germany GmbH & Co. OHG
- die Führungskräfte e.V. (dFK)
- Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
- Masterstudiengang European Studies der Europa Universität Viadrina
- Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V.
- Bundesverband der Unternehmervereinigungen e.V.

Im Zeitraum zwischen der Mitgliederversammlung 2009 und der Mitgliederversammlung 2010 haben ihren Austritt erklärt:

- Europa einfach e.V. (Schreiben vom 07.09.2009)

- Internationale Vereinigung der ehemaligen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften - A.I.A.C.E. (Schreiben vom 25.01.2010)
- Zentralrat der Juden (Schreiben vom 25.03.2010)

Ebenfalls ihren Austritt haben für 2011 erklärt:

- Bundesverband des Deutschen Versandhandels e.V. (Schreiben vom 15.03.2010)
- Deutscher Führungskräfteverband (ULA) (Schreiben vom 15.03.2010)

7.4 Regionale Zusammenarbeit – Landeskomitees

Das Netzwerk EBD hat sein Engagement in der regionalen Zusammenarbeit weiter verstärkt. Durch eine Vielzahl persönlicher Kontakte mit Vertretern von Landesregierungen, Landesparlamenten und regionalen Interessengruppen konnte sich das Generalsekretariat einen Überblick über die europapolitische Szene in den Ländern verschaffen.

Das Netzwerk EBD bereitet derzeit ein offenes Übersichtsdokument zu Maßnahmen der europäischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie der europapolitischen Kommunikation in Deutschland vor. In einem ersten Schritt wird ein kommentiertes Inhaltsverzeichnis erstellt, um beste Praktiken auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene darzustellen.

Am 22. April 2010 wurde die EBD zur Sitzung der Unterarbeitsgruppe Europakommunikation in der Europaministerkonferenz geladen, um mit den Ländervertretern über die Zusammenarbeit mit der regionalen Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Auf der Webseite der EBD wurden die regionalen Seiten ausgebaut: Den Landeskomitees wurde eine eigene Profilseite mit Kontaktdaten und Mitgliedsorganisationen eingerichtet; auch wurde eine eigene Seite für die Europapolitik in den Ländern erstellt. Dort ist auch ein Schaubild zur EU-Koordinierung der deutschen Länder zu finden, das die EBD in Beratung mit einzelnen Ländervertretern erstellt hat.

Weiterhin wird den Landeskomitees im Netzwerk EBD angeboten, ihre Webseite auf dem Server der EBD einzurichten, und auch Struktur und Layout der EBD-Webseite zu übernehmen. Die Vorteile für die Landeskomitees bestehen darin, dass die technische Plattform mit „Content Management System“ vom Netzwerk EBD zur Verfügung gestellt wird, die inhaltliche Pflege aber von den Landeskomitees selbst übernommen werden kann. Dadurch erhalten die Seiten der Landeskomitees mehr Aufmerksamkeit, und die Europäische Bewegung präsentiert sich in einem einheitlichen Design. Dieses Angebot haben bislang die Landeskomitees in Brandenburg, Sachsen und Thüringen angenommen.

Aktivitäten in einzelnen Ländern:

Baden-Württemberg: Das Landeskomitee Baden-Württemberg setzt das EKEV-Modul EU-Debriefing auf Landesebene weiter erfolgreich um. Am 26. März 2010 wurden die baden-württembergischen Interessengruppen wieder über die Ergebnisse des Europäischen Rates durch die Landesregierung informiert.

Berlin: Das Netzwerk EBD nahm am 16. Dezember 2009 an der EU-Informationsveranstaltung des Berliner Senats mit europapolitisch tätigen Organisationen teil. Unter Vorsitz von Staatssekretärin **Monika Helbig** wurden Informationen zu den Planungen für 2010 ausgetauscht.

Brandenburg: Die Europäische Bewegung Brandenburg hat am 20. April 2010 einen neuen Vorstand gewählt. Mit Vertretern des neuen Vorstands hat das Netzwerk EBD bereits erste Gespräche über die zukünftige Ausrichtung und Aktivitäten der EB Brandenburg erörtert.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

Hessen: Mit der hessischen Landesregierung wurden enge Beziehungen aufgebaut. Mehrere Gespräche mit Vertretern der Landesregierung, insbesondere mit Staatssekretärin **Nicola Beer**, mündeten in der Erarbeitung eines europapolitischen Kommunikationskonzeptes für das Land Hessen. Daraufhin wurde mit dem Aufbau einer Datenbank mit hessischen Interessengruppen begonnen. Ein Briefing zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission am 31. Mai 2010 in Stadthallendorf fand unter Beteiligung der EBD statt.

In der daran anschließenden Sitzung des hessischen "Europakomitees" wurde die Neuausrichtung des regionalen Komitees nach Vorbild des Netzwerks EBD beschlossen. Unter der Leitung des Justiz-Staatsministers **Jörg-Uwe Hahn** und der Europa-Staatssekretärin **Nicola Beer** diskutierten die Vertreter der Mitgliedsorganisationen eine enge Zusammenarbeit mit der Landesregierung, insbesondere im Bereich sachbezogener Frühinformationen zu Brüsseler Themen. Es ist ausdrückliches Anliegen der Landesregierung, ein nachhaltiges "good governance"-Konzept zu entwickeln, um die Konsultation von Interessengruppen und Regierung zu EU-Themen zu verbessern (vgl. Konzept Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau). Mittelfristig sollen die meisten Landesverbände und hessischen Unternehmen, der im Netzwerk EBD organisierten Mitgliedsorganisationen im hessischen Landeskomitee aufgenommen werden. Die Landesregierung wird über ihre Förderung der Europäischen Akademie Hessen eine nachhaltige Geschäftsführung des reformierten Landeskomitees gewährleisten. Der ebenfalls anwesende EBD-Generalsekretär **Bernd Hüttemann** begrüßte die Neuausrichtung als einen vielversprechenden Schritt. Er stimmte Staatssekretärin Beer zu, dass Hessen damit eine Pilotfunktion unter den deutschen Ländern einnehme. Hessisches Lobbying für und in Europa könne am besten gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gelingen. Damit setze Hessen für andere Länder Maßstäbe. Über die Sommermonate werden die nächsten Schritte eingeleitet. Hierzu gehört auch die Ausarbeitung einer Satzung. Die besondere Rolle der Europa-Union Hessen, als Nichtregierungsorganisation für die Bürgerinnen und Bürger wurde ausdrücklich betont und solle ebenfalls gestärkt werden.

Gute und konstruktive Gespräche mit Vertretern der Landesregierung, des Landesparlaments sowie regionaler Interessengruppen wurden in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen und Bayern geführt.

Einzelne Organisationen, die einen Aufnahmeantrag im Netzwerk EBD gestellt hatten, jedoch ausschließlich regional tätig sind, wurden an das betreffende Landeskomitee überwiesen.

7.5 EBD-Team

Im Team des Netzwerks EBD hat es im Sommer 2009 eine Veränderung gegeben. Aufgrund der finanziellen Situation musste eine halbe Stelle im Bereich Assistenz / Projektmanagement wieder gestrichen werden, die erst im Frühjahr 2008 besetzt wurde. Aktuell bemüht sich die EBD, für das Haushaltsjahr 2011 entsprechende Mittel zu beantragen, um den Stellenplan mit sechs Vollzeitstellen in Berlin wieder auszuschoöpfen.

Im Sommer 2010 wird der Stv. Generalsekretär, **Christoph Linden**, nach über sechs Jahren die EBD verlassen. Damit steht die EBD vor einer internen Umorganisation, die sich aus der Neubesetzung der Stelle zum Herbst 2010 ergeben wird.

7.6 Finanzen

- Durch den Zuwendungsgeber Auswärtiges Amt war die grundlegende Finanzierung der EBD im Berichtszeitraum gesichert. Die Zuwendung der Auswärtigen Amtes wurde für 2010 um 8.000 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Für die beiden größten Projekte der EBD, den Europäischen Wettbewerb und der Stipendienvergabe für das College of Europe Brügge und Natolin, konnte das Bundesministerium für Bildung und Forschung die zur Verfügung gestellten Mittel auf dem Niveau des Vorjahres halten bzw. hat für die Stipendienmittel 2010/2011 eine Erhöhung um 50.000 Euro in Aussicht gestellt.

Jahresbericht 2009/10

Aktivitäten, Programme und Organisation

- Durch gezielte Mitgliederwerbung konnte die EBD auf der Mitgliederversammlung am 16. Juni 2009 insgesamt 21 neue Mitglieder aufnehmen, darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum 22 weitere assoziiert, 8 weitere haben einen Antrag auf Aufnahme gestellt. Trotz des großen Anteils an öffentlicher Förderung machten die in 2009 auf rund 63.000 Euro angestiegenen Mitgliedsbeiträge neben zahlreichen Spenden die Arbeit des Netzwerks überhaupt erst möglich.

7.7 Zusammenarbeit mit der Europa-Union Deutschland

Die traditionell enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Bewegung Deutschland und ihrer Mitgliedsorganisation Europa-Union Deutschland (EUD) fand im Berichtszeitraum ihre Fortsetzung, wobei der Jugendverband der EUD, die Jungen Europäischen Föderalisten JEF, intensiv eingebunden wurde. In Ergänzung zum Netzwerk EBD bieten die EUD und die JEF Einzelpersonen die Möglichkeit, sich mit persönlichem und vor allem überparteilichem Engagement für die europäische Einigung einzusetzen. Durch ihre föderale Struktur und Präsenz auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene stellt die EUD Bürgernähe her. Neben ihrem bundes- und europaweiten Netzwerk ehrenamtlich Aktiver hat die EUD als mitgliederstärkste Bürgerinitiative in Deutschland für Europa ein starkes parlamentarisches Netzwerk aufgebaut.

Die Bürogemeinschaft von EUD und Netzwerk EBD in der Sophienstraße in Berlin fördert die enge Zusammenarbeit. Dabei wird diese in einem vereins- und zugewandungsrechtlich getrennten Rahmen gewährleistet. Von den Synergien profitieren beide Verbände – u.a. durch die gemeinsame Nutzung des Internetserver und der Datenbank sowie weiterer technischer Geräte. Die gemeinsamen Büroräume fördern die enge Zusammenarbeit. Besuchergruppen aus internationalen und regionalen Verbänden können in einem gemeinsamen Seminar- und Versammlungsraum empfangen werden. Querschnittsaufgaben werden auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Verbände übernommen, nicht nur im Sinne der Bürogemeinschaft, sondern auch aus inhaltlichen und strategischen Erwägungen.

Das Netzwerk EBD greift vor allem auf die Expertise der Europa-Union im Bereich der parlamentarischen Arbeit zurück. Hierzu gehört die Einbindung der Abgeordneten der EUD-Parlamentariergruppen im Bundestag und im Europäischen Parlament in die Maßnahmen des Tätigkeitsbereiches „Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“.

Die Zusammenarbeit der EUD mit verschiedenen Interessengruppen innerhalb des Netzwerks EBD in konkreten Sachfragen und durch gemeinsame Projekte wurde kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut.

Mit ihrer Hauptstadtgruppe Europa-Professionell ist es der Europa-Union gelungen, Europa-Experten in Berlin aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft miteinander zu vernetzen. Vielfach arbeiten Mitglieder von Europa-Professionell für Mitgliedsorganisationen des Netzwerks EBD. Während im Netzwerk EBD die europäischen Interessen der Organisationen im Vordergrund stehen, bietet die EUD für alle diejenigen ein Forum, die persönlich an Europa interessiert und beruflich mit europäischen Themen befasst sind.

Weitere Informationen auf der Website der Europa-Union Deutschland: <http://www.europa-union.de>